

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Hinter Freund, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 2, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Feinde des Arbeiterschutzes.

Ueber den Sommer haben die parlamentarischen und gesetzgeberischen Arbeiten geruht. Um so thätiger sind die Herren Großindustriellen gewesen. Diesen läßt die Arbeiterbewegung keine Ruhe und sie fürchten, die Gesetzgebung möchte sich denn doch einmal entschließen, mit wirksamen Maßregeln einzugreifen in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter und möchte dem wirtschaftlich Schwachen einen etwas wirksameren Schutz als bisher verleihen. Deshalb werden auch die härtesten Maßregeln gegen die vorwärts treibenden Elemente unter den Arbeitern angewendet; wer nur den Versuch macht, seine Berufs- und Leidensgenossen in Wort oder Schrift aufzuklären und zu sammeln, der kann gewiß sein, daß er als „Aufwiegler“ auf die schwarze Liste kommt, welche Art von Verurteilung bekanntlich bisher straffrei ausgegangen ist, obschon sie den Behörden unmöglich unbekannt geblieben sein kann. Aber die auch gegenwärtig vorhandene Arbeiterschutzesvorlage im Reichstage ist, trotz ihrer handgreiflichen Unzulänglichkeit, das Ziel der nimmermüden Angriffe von Seiten des Großindustriellen. Würde sie zum Gesetz, so würde dadurch an der Lage der Arbeiter nur Unbedeutendes geändert. So lange die Beschrankung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter ausgeschlossen bleibt, ist eine solche Vorlage ohne höhere sozialpolitische Bedeutung. Wir haben den Inhalt der Vorlage des Reichstages schon mehr als einmal besprochen und unsere Leser können die Ausstellungen, die an derselben zu machen sind. Eine solche Vorlage reicht schon hin, unsere Herren Großindustriellen in die größte Aufregung zu versetzen. Sie denken freilich: „principiis obsta!“ und wollen die Arbeiterschutzesvorlage gleich in ihren unentwickelten Anfängen zu Boden treten, um aller Weiterentwicklung auf dem einfachsten Wege vorzubeugen. Sie geben sich, als ob unsere Industrie am Rand des Abgrundes stände und bei den geringsten Pflichten, die ihr an der Arbeiterschutzesvorlage auferlegt würden, über den Rand gerathen müßte. Nun, so schlimm es auch um die Arbeiter steht, die Unternehmer sind nicht so übel dran. Wenn man sich durch das trügerische Jammergeschrei der armen Großkapitalisten nicht einschüchtern läßt, sondern einen Blick in die Geschäftsbilanzen wirft, so findet man, daß der Geschäftsgewinn ein im Durchschnitt ziemlich hoher ist und daß das angelegte Kapital sich mit 12, mit 15, mit 20, ja theilweise mit noch weit mehr Prozent

rentirt. Natürlich giebt es Geschäfte genug, wo dies nicht der Fall ist; aber im Ganzen ist es so und wenn sich das deutsche Kapital bei uns im Lande so schlecht rentiren würde, wie man behauptet, so hätten die „patriotischen“ Kapitalisten es längst im Ausland angelegt, wie sie schon so oft angedroht. Die Industrie wandelt freilich an einem Abgrund, in den sie in jedem Augenblick stürzen kann; die Ursache davon ist aber zu suchen in der stets mit Katastrophen drohenden Ueberproduktion und Ueberspekulation; die Arbeiterschutzesvorlage hat damit absolut Nichts zu thun.

Nichtsdestoweniger hat das große Unternehmertum alle seine Pressbedienteten gegen die Arbeiterschutzesvorlage losgelassen und neuerdings eine förmliche Kampagne mit Gutachten und Denkschriften eröffnet. Was früher für die Staatsmänner die Offizidien waren, das sind für die großen Unternehmer und Kapitalisten die vortrefflichen Handelskammer-Sekretäre mit ihren literarischen Anhängseln. Diese Herren haben die Berichte der Handelskammern und so weiter zu verfassen und liefern auch das Material dazu. Wer die geistige und literarische Durchschnittsqualifikation des Handelskammer-Sekretärs, wie er sein soll, kennt, der wird jenen Berichten und Gutachten wenig Werth zuschreiben. Die Handelskammer-Sekretäre gehören im Verhältnis weit mehr als die Journalisten zu den Leuten, die ihren Beruf verfehlt haben, und die dann froh sind, im Dienste und auf Kosten irgend welches industriellen Verbandes ein leidlich behagliches Dasein führen zu können. Daß sie dafür bereit sind, die Großindustriellen, die ihnen solche Wohlthaten erweisen, als die edelsten, besten, uneigennützigsten Menschen darzustellen, die von doktrinären Gesetzgebern und wählerischen Sozialisten unschuldig verfolgt werden, liegt auf der Hand. Solche Dankbarkeit mag an und für sich eine schöne Tugend sein; nur kann man nicht verlangen, daß die „dankbaren“ Berichte der Herren Handelskammer-Sekretäre allzu ernst genommen werden, wenn es sich um die ernste Beurteilung von sozialpolitischen Fragen handelt. Die Beschlüsse der Reichstags-Kommission in Betreff des Arbeiterschutzes können uns ganz gewiß nicht imponiren; wenn man aber dankbare Handelskammer-Sekretäre diese Beschlüsse als „unreife Maßlosigkeit“ bezeichnen hört, so imponirt uns das noch weniger. Wenn die Reichstags-Kommission schon „Maßlosigkeit“ begeht, was mag dann der Sozialismus in den Augen dieser Herren für Stunden zu verantworten haben!

Die Herrchen bilden sich ein, die Bestrebungen auf

Erzielung wirksamer Schutzmaßregeln für die Arbeiter würden vor ihren „Gutachten“ und „Denkschriften“ halt machen oder gar umkehren. Seitens der Sozialdemokratie wird dies nicht geschehen; die Arbeiterbewegung wird in dieser Beziehung ihren gewiesenen Weg gehen, wenn auch in diesem Moment der große Eugen Richter dem bedrängten Unternehmertum beispringt, und sich zu dem Chor der Handelskammer-Sekretäre gesellt, in dem er großspurig ankündigt, nach dem ersten Oktober werde er die Sozialdemokratie scharfer belämpfen, als bisher. Unseres Erachtens wird der biedere Eugenius gerade genug zu thun haben, um seine in allen Zügen krachende und an unheilbarer Prinzipienverwässerung leidende Partei zusammenzuhalten; wenn er dann noch Zeit zur „Vernichtung“ der Sozialdemokratie übrig hat, werden wir auch unseren Spaß daran haben.

Eine gründliche Arbeiterschutzesvorlage wird von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gefordert und durch die Sozialdemokratie hat diese Forderung erst ihren Nachdruck und ihre bestimmte Form erhalten. Die offenen und versteckten Widersacher werden die Volksstimmung nicht aufhalten können.

Korrespondenzen.

Paris, den 18. September. Unmittelbar nach Beendigung des sozialistischen Nationalkongresses der Kollektivisten zu Lille (10. und 11. Oktober) tritt in Calais der vierte Nationalkongress des „Nationalverbandes der Arbeitersyndikate und Korporativgruppen Frankreichs“ zusammen. Der genannte Verband umschließt eine beträchtliche Anzahl, wenn nicht den größten Theil der gewerkschaftlichen Organisationen der französischen Provinz, sowie einen Theil der Pariser Syndikate. Seine Bedeutung für die Gruppierung des französischen Proletariats ist mit der zunehmenden prinzipiellen Klärung und der allmählig erstarkenden Organisation im steten Wachsen begriffen.

Nachdem der „Triumph der Ordnung“ in der Kommune die Arbeiterorganisationen jeder Art so gut wie gänzlich vernichtet hatte, versuchte das französische Proletariat zuerst eine Sammlung auf korporativem Boden.

Vom Januar 1872 an begann eine besonders von Barbaret und dem späteren Possibilisten Chabert geleitete gewerkschaftliche Bewegung, welche jedoch durchaus keinen revolutionären proletarischen Charakter trug, sondern die flüchtige Nichtalsgewerkschafterei darstellte.

Den Prinzipien der Selbsthilfe und des Sparens ward eine Messiasrolle nach echt Schulze-Delitzsch'schem Muster zugesprochen, und die Syndikate zeigten sich so herzlich farblos, daß sie die Unterstützung der Regierung und den Verfall der gesamten Bourgeoisie fanden. Noch die ersten Jahreskongresse der Gewerkschaften zu Paris (1876) und zu Lyon (1878) kamen unter materieller und moralischer Beihilfe der Regierung zu Stande und wurden in ihren halben, haltlosen, im Palliativmittelcharakter gehaltenen Beschlüssen höchlich gelobt. Allein schon in jener Zeit

und wo ist der „adelige“ Fictor? treibt sich wohl wieder irgendwo herum. Er wird noch einmal auf den Inspektor stoßen! Der wird ihn schon durchklopfen! Das ist ein Bummler! der Fictor!“

„Dem Fictor kann ich nicht kommandiren, Joan Demjanitsch. Sie wissen wohl!“ murmelte Eleonore Karpowna.

Ich blickte auf Fustoff mit dem Wunsche, endlich von ihm zu erfahren, was ihm dazu bewegen konnte, solche Leute zu besuchen. . . in jenem Augenblick trat ein junges Mädchen von hohem Wuchs, in schwarzem Kleide ins Zimmer; es war eben jene älteste Tochter des Herrn Ratsch, von welcher Fustoff gesprochen hatte. . . Ich hatte die Ursache der häufigen Besuche meines Freundes begriffen.

Siebentes Kapitel.

Ich erinnere mich, daß Chalespeare irgendwo von einer „weißen Taube in einem Fluge schwarzer Raben“ spricht; einen ähnlichen Eindruck machte mir das hereintretende Mädchen: es war zu wenig Gemeinsames zwischen ihr und der sie umgebenden Welt. Alle Glieder der Familie Ratsch sahen selbstzufrieden, gutmüthig und gesund aus; ihr hübsches, aber bereits verblühendes Gesicht trug den Stempel der Muthlosigkeit, des Stolzes und des Schmerzes an sich. Jene, offenbare Plebejer, hielten sich ungezwungen, mag sein roh, aber einfach; in ihrem ganzen, unbedingt aristokratischen Wesen sprach sich Kummer und Unsicherheit aus. In ihrer äußeren Erscheinung selbst war Nichts von einer deutschen Abkunft bemerkbar: sie erinnerte eher an die Bewohner des Südens. Außerordentlich starkes schwarzes Haar ohne jeden Glanz, schwarze, ebenfalls glanzlose aber schöne Augen, eine niedrige, gewölbte Stirn, eine Adlernase, grünliche Blässe der glatten Haut, ein gewisser tragischer

Feuilleton.

nachdruck verboten.]

12

Eine Unglückliche.

Erzählung von Iwan Turgeneiw.

Sechstes Kapitel.

Einige Tage später begab ich mich an einem Abende mit Fustoff zusammen zu Herrn Ratsch. Er lebte in einem hübschen Hause mit großem Hof und Garten, in einem kleinen Gässchen an dem Boulevard von Preischistensky. Er trat ins Vorzimmer zu uns hinaus und empfing uns mit dem ihm eigenthümlichen Lärm und prasselnden Gemurmel. Er führte uns sogleich ins Gastzimmer und stellte uns Eleonore Karpowna, seiner Gemahlin, einer wohlwollenden Dame in einem engen Kamelotkleide, vor. Eleonore Karpowna hatte sich wahrscheinlich in ihrer frühesten Jugend durch das ausgezeichnete, was die Franzosen, man weiß nicht weshalb, „die Schönheit des Teufels“ nennen, das heißt, durch Frische; als ich sie kennen lernte, erinnerte ihr Anblick unwillkürlich an ein gutes Stück Fleisch, das von dem Fleischer auf einem sauberen, marmornen Tische ausgestellt worden ist. Nicht ohne Absicht brauchte ich den Ausdruck „sauber“, denn nicht nur die Hausfrau schien ein Muster der Reinlichkeit zu sein, sondern Alles, was sie umgab, Alles im Hause glänzte und glitzerte; Alles war geschneuert, gebügelt, mit Seife gewaschen. Der Samowar auf dem runden Tische brannte wie Feuer; die Vorhänge an den Fenstern und die Servietten krümmten sich förmlich vor Steifigkeit, gleich wie die Kleiderchen und die

Chemisetten von Herrn Ratsch's ebenfalls dasitzenden vier Kindern, robusten, wohlgenährten Stöpseln mit großgebildeten festen Gesichtern, Wirbeln an den Schläfen und rothen, stumpfen Fingern; sie sahen der Mutter sehr ähnlich. Sie hatten alle vier etwas plattgedrückte Nasen, große, gedrungene Lippen und hellgraue Augen.

„Und hier ist auch meine Garde,“ rief Ratsch, seine schwere Hand der Reihe nach auf die Köpfe seiner Kinder legend. „Kolga, Olga, Sastcha, Maschla! Dieser ist acht Jahre, diese sieben, dieser vier und dieser ganze zwei Jahre alt! Ha — ha — ha — ha! Wie Sie zu sehen belibien, verlieren wir keine Zeit. Ge? Eleonore Karpowna?“

„Sie sagen immer so Etwas. . .“ sagte Eleonore Karpowna, und wandte sich ab.

„Und sie hat allen ihren Schreibhässen so russische Namen gegeben!“ fuhr Herr Ratsch fort. „Ich fürchte immer, daß sie sie eines schönen Tages griechisch laufen läßt! Bei Gott! Und Slavin ist sie, — daß mich der Teufel hole — obgleich von germanischem Blute! Eleonore Karpowna sind Sie Slavin?“

Eleonore Karpowna wurde böse.

„Ich bin Hofrathin, das bin ich! Folglich bin ich eine russische Dame, und Alles, was Sie jetzt sagen werden. . .“

„Das heißt, wie sie Rußland liebt — es ist schrecklich!“ unterbrach sie Iwan Demjanitsch. „Wie ein Erdbeben! Ha — ha!“

„Nun, und was denn?“ fuhr Eleonore Karpowna fort, „freilich liebe ich Rußland, denn wo anders hätte ich einen adeligen Titel erhalten können? Selbst meine Kinder sind ja jetzt Adelige. Kolja! sitze ruhig mit den Füßen!“

Ratsch holte mit der Hand gegen sie aus.

„Nun beruhige Dich jetzt, Prinzessin Sumeko, Du!“

der hormonbedingten Kinderjahre zeigte die französische Gewerkschaftsbewegung die Tendenz, auf politisches Gebiet hinüberzuschlagen. Charakteristisch für dieselbe ist auch die fast souveräne Verachtung, mit welcher sie die praktischen Fragen der Organisation z. B. behandelt, während sie der Erörterung theoretischer Fragen den breitesten Spielraum giebt, ja in ihr bis zur metaphysischen Spintistik geht. Alles Dies jedoch nicht etwa vom Standpunkt des Prinzips des Klassenkampfes aus, sondern von dem des bürgerlichen Radikalismus, einer verschwommenen Sentimentalität, in der kleinbürgerlich utopistische Phrasen, besonders proudhonistische Reminiszenzen eine hervorragende Rolle spielen. Während die englischen Trades-Unions einzelne nächstliegende praktische Punkte aufgriffen, sich innerhalb derselben entpuppten und verleinerten, zerfloßen die französischen Syndikatskammern in endlosen theoretischen Diskussionen und Definitionen, durch welche sie alle Beziehungen bis ans Ende der Welt systematisieren und reglementieren wollten. Schon von 1876 an machte der Sozialismus seinen Einfluß auf die französische Gewerkschaftsbewegung geltend. Die drei ersten Jahreskongresse sind nicht minder bedeutende Gradmesser des Fortschritts, den die sozialistischen Doktrinen, Dank der Agitation von Deville, Guesde u. s. w. unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern machten. Der erste Kongress der Gewerkschaften zu Paris zeigt noch keine Spur sozialistischen Lebens, auf dem Kongress zu Lyon tritt der Sozialismus zum ersten Male offiziell auf, wird aber geschlagen, der Kongress zu Marseille (1879) endet dagegen mit dem völligen Sieg des sozialistischen über das nichts als gewerkschaftliche Prinzip. Die Organisationen, welche unter Barbarets Führung auf dem alten Standpunkte beharrten, theilten sich bald endgültig von der allgemeinen Arbeiterbewegung ab, vegetieren seitdem nur auf Kosten der Regierung und haben absolut jede Fühlung mit der französischen Arbeiterschaft verloren. Jedoch die Syndikate, welche sich mit den sozialistischen Studiengruppen zu einer sozialistischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen, hatten der Mehrzahl nach nur unter dem Einfluß einer begeisterten Minute den modernen Sozialismus angenommen. Seine Lehren waren aber noch weit davon entfernt, ihnen in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Der selbstbilligste und utopistische Kern ihrer Auffassungen war nur sozialistisch überfirnißt worden, in Wirklichkeit jedoch derselbe geblieben.

Je mehr deshalb Guesde, Lafargue und ihre Anhänger im Gegensatz zu den Kompromisse suchenden Malon, Broussé u. d. den modernen wissenschaftlichen Sozialismus, welcher die Eierschalen utopistischer Phrasen abgestreift hat, zu erklären und einzubürgern suchten, umso mehr wuchs auch die Opposition der Organisationen, deren Mitglieder mit Vorliebe in sentimental revolutionären Phrasen und Gemeinplätzen schwelgten. Als die in Marseille geschaffene Arbeiterpartei 1882 auf dem Kongress zu Rouanne auseinanderfiel, sich in Possibilisten und Kollektivistien schied, waren die meisten Syndikate froh, dem ihnen unerträglich scheinenden Zwang eines einheitlichen, streng prinzipiellen Programms aus einer dito Haltung zu entkommen, um sich von Neuem dem angenehmen Zeitvertreib hinzugeben, „autonome“ Programms und Reglements auszuarbeiten und zu überlegen. Die Mehrzahl der Pariser Syndikate, welche viele Kleinmeister und Arbeiter der Kleinindustrie umschlossen und ganz besonders mit kleinbürgerlich individualistischen Ideen vollgepfropft waren, schlugen sich auf possibilistische Seite.

Der mit einer philosophisch nebelhaften Phrasologie eingeweihte Moderantismus des Possibilismus, seine Taktik der „praktischen Erfolge“, sein Paktieren mit den kleinbürgerlichen Anschauungen entsprachen ihnen am meisten. Nur eine kleine Anzahl der Gewerkschaften von Paris und eine etwas größere der Provinz schloß sich den Kollektivistien an. Ein dritter und ziemlich ansehnlicher Bruchtheil der provinziellen Syndikate, dazu eine gewisse Zahl Pariser Gewerkschaften blieben außerhalb aller sozialistischen Fraktionen. Im Gegensatz zu den possibilistischen Syndikaten charakterisierten sie sich durch die revolutionäre Revolverphrasen, mit allem dran und drum hängenden Unsinne der Auffassungen und Forderungen. Die sogenannten „unabhängigen Sozialisten“, theilweise auch die Anarchisten trugen den blühenden Blödsinn ihrer eigenen Begriffsverwirrung in die betreffenden Organisationen hinein. Im Laufe der Jahre ist jedoch deren verderblicher Einfluß bedeutend geschwunden, und dies Dank der fortgesetzten Bemühungen der Blanquisten und noch mehr der Kollektivistien, das geistige Leben und die Entwicklung der Syndikate zu beeinflussen. Blanquisten und Kollektivistien, welche innerhalb der nicht possibilistischen Korporativorganisationen eine Art Sauerzeug bilden, üben immer noch einen dominierenden Einfluß auf dieselben aus und bestimmen ihren Fortschritt in durchaus sozialistischer Richtung.

Wenn auch die betreffenden Syndikate und Korporativgruppen außerhalb der sozialistischen Fraktionen stehen und ihrem Programm gemäß stehen wollen, um die Gruppierung und Sammlung des Proletariats nicht durch die sozialistischen Schnitzreihigkeiten, wie sie in Frankreich noch wüthen, zu gefährden, so bekennen sie sich doch im Allgemeinen zum Prinzip des Klassenkampfes und halten in ihrer Propaganda und Aktion enge Fühlung mit den Parteien der Kollektivistien und Blanquisten.

Die Possibilisten hatten versucht, die Gewerkschaften ins

Schlepptau zu bekommen und wenn auch nicht zum Anschluß an ihre Fraktion, so doch unter ihren Einfluß zu bringen. Als sich dieselben zu einem Nationalverband zusammenschlossen, ließen sie beantragen, den Sitz der Organisationsleitung, des conseil national (Nationalrathe), dauernd nach Paris zu verlegen. Um ihre Absicht zu vereiteln und die Gewerkschaften den Streitigkeiten der sozialistischen Fraktionen zu entziehen, ward jedoch beschlossen, daß der aus 5 Mitgliedern bestehende Nationalrath seinen Sitz in einer Provinzialstadt haben müsse, welche durch einen Kongressbeschuß bestimmt werde. Die Abneigung der Gewerkschaften der Provinz gegen die Possibilisten hat sich noch bedeutend gesteigert infolge der Taktik, welche letztere zur Zeit des Boulangerismus befolgten, und die eine Nichtachtung des Prinzips des Klassenkampfes bedeutete.

Besonders seitdem die Bemühungen, die einzelnen Gewerkschaften zu einem Verband zu überleiten, gelungen, und der „Nationalverband der Arbeitergewerkschaften und Korporativgruppen Frankreichs“ zu Stande gekommen, manifestiert sich eine langsame aber stetige prinzipielle Klärung. Die Kongresse des Nationalverbandes von Lyon (1886), Montluçon (1887) und Bordeaux (1888) markiren jeder einen diesbezüglichen Fortschritt, obgleich sie in ihren Verhandlungen und Beschlüssen noch viel Unklarheit zu Tage treten lassen. So faßte z. B. der letztgenannte Kongress bezüglich der Frauenarbeit den jospin gehaltenen Beschluß, gleichen Lohn für gleiche Arbeit beider Geschlechter nur in der Erwartung zu fordern, daß eine künftige Gesellschaft der Frau ihren natürlichen Platz am häuslichen Herde zurückgeben werde. Noch charakteristischer für die in den Gewerkschaften herrschende Unklarheit ist der auf dem nämlichen Kongress gefaßte Beschluß über die Organisation des Generalstreiks. Welche Fortschritte trotz alledem der Nationalverband der Gewerkschaften auf dem Wege der prinzipiellen Klärung gemacht, beweist seine Antheilnahme an dem internationalen Kongress von Paris, sein thätiges und energisches Eintreten für die internationale Mai-Manifestation, deren großer Erfolg in der französischen Provinz zum großen Theil auf seine Rechnung gesetzt werden muß. Uebrigens war gerade der diesbezügliche Beschluß des Pariser Kongresses aus einem Antrage des Nationalverbandes respektive dessen Sekretärs, Bürger Lavigne, hervorgegangen. Inspirirt wurde derselbe durch den ungemein günstigen agitatorischen Erfolg der Manifestation, welche die dem Verband angehörenden Gewerkschaften zusammen mit den sozialistischen und blanquistischen Organisationen am 24. Februar und 10. März 1889 zu Gunsten des achtstündigen Normalarbeitstages und einer Arbeitsschutz-Gesetzgebung abgehalten hatten.

Daß die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Pariser Kongresses günstig auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung gewirkt haben, unterliegt keinem Zweifel. Ihre Aktion zeigt das bewußte Streben, enge Fühlung mit Prinzipien und Taktik der sozialistischen Arbeiterparteien des Weltproletariats zu halten, sich immer mehr von der bloßen Phrase zu emanzipiren, durch Organisation und Schulung zu einer gesellschaftlichen Macht zu werden. Auf dem Regionalkongress der Gewerkschaften vom südlichen Frankreich zu Lyon ward z. B. die Frage des Generalstreiks sehr lau debattirt und nicht mehr angenommen, dagegen erklärte sich der Kongress einstimmig für die Beschickung des nächsten internationalen sozialistischen Arbeitertags.

Laut Beschluß des genannten Regionalkongresses rufte nun der Nationalrath des Gewerkschaftsverbandes den Nationalkongress zu Calais zusammen. Derselbe verspricht einen weiteren Fortschritt der französischen gewerkschaftlichen Organisationen zu bezeichnen. Er wird sich besonders mit Erörterung der Mittel und Wege befassen, um die Forderung des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu verwirklichen. Der Nationalrath sagt mit Bezug hierauf in seinem Einladungs schreiben:

„Nach der prächtigen Manifestation des 1. Mai, während welcher mehrere Millionen Arbeiter Werkstätten, Fabriken, Magazine und Bureau verlassen auf vornehmliche und seitdem ungleiche Weise, die zwischen den Proletariern aller Nationen bestehende innige Solidarität und Zielgemeinschaft bekräftigten und von den öffentlichen Gewalten jene Reformen forderten, welche für Verbesserung ihres Looses unerlässlich sind, nach dieser Manifestation ist es dringend nöthig, die Maßregeln festzusetzen, welche geeignet sind, den endgültigen Triumph der diesbezüglichen Forderungen herbeizuführen.“

Der Nationalrath empfiehlt ferner den Syndikaten sich an die Gemeindebehörden zu wenden, um Subventionen für Entsendung von Delegirten zu dem Kongress zu erlangen: Er motivirt seinen Vorschlag wie folgt:

„Es kann den Arbeitern nicht genügen, daß ihnen das Recht anerkannt wird, sich dezent mit ihren Interessen zu beschäftigen. Sie müssen dieses Recht auch ausüben können. Ein Recht, welches man nicht genießen kann, ist illusorisch. Nun ist es nicht zweifelhaft, daß die unsichere Lage der Arbeiter ihnen nicht erlaubt, für die schweren Ausgaben aufzukommen, welche die Entsendung von Delegirten in eine entfernte Stadt mit sich bringt. Unter solchen Umständen wäre es nur gerecht, wenn die Gemeinderäthe den Arbeitersyndikaten ihrer Kommune zu Hilfe kämen, um ihnen die Möglichkeit zu erleichtern, sich durch aus ihrer Mitte gewählte, kompetente Dele-

girt auf Kongressen vertreten zu lassen, wo ihre Interessen im Spiele sind.“

Die gesammte Bourgeoispreffe hat diesen Rath des Rathschusses vom Nationalverband in der blödesten Weise kommentirt. Allein trotz der Anathemen der bürgerlichen Presse ist es so gut wie sicher, daß verschiedene Städte, theilweise, besonders solche, in denen sich Sozialisten befinden, in Gewerkschaften mit Subventionen unter die Arme greifen werden.

Es ist fast zur Tradition geworden, daß die französischen Kommunalbehörden die Arbeiterorganisationen unterstützen. So lange dieselben nicht mit der sozialistischen Best behaftet waren, thaten die französischen Regierungen zum demagogischen Zweck des Arbeiterfanges das Gleiche. Zur Zeit seiner „liberalen Aera“ hatte der kleine Napoleon diese Taktik inauguriert, und die dritte Republik konnte — noblesse oblige — nicht weniger thun, als in seine Fußstapfen zu treten, so lange die Arbeiterorganisationen vom Harmoniedüffel unnebelt waren. Die gouvernementalen Unterstüßungen hörten auf, sobald sich dieselben mehr oder weniger intensiv sozialistisch färbten. Die kommunalen Subventionen haben zum Theil auch dann noch fortgedauert. Der Stadtrath von Paris hat mehrmals Delegationen der Arbeiter zu Weltausstellungen auf Kosten der Stadt entsendet, er hat wiederholt durch Aussetzung von Summen die Betheiligung der Syndikate an Kongressen ermöglicht. Andere Gemeindebehörden haben in Maßgabe ihrer Mittel das Gleiche oder Aehnliches gethan.

Die Thatsache ist charakteristisch nach zwei Seiten. Sie zeigt die materielle Schwäche der französischen Arbeiterorganisationen und den oft wirklich demokratischen Geist der französischen Kommunalbehörden. Was würden die biedereren Väter deutscher Gemeinden sagen, wenn die Gewerkschaften von ihnen Subventionen verlangten, um einen Kongress beschicken zu können, der sich im sozialistischen Sinn und Geiste schlüssig macht? So etwas kommt eben nur bei den „wilden Franzosen“ vor.

Politische Uebersicht.

Die „Freisinnige Zeitung“ verteidigt sich, unter Entstellung unserer Worte, in herzlich schwacher Weise gegen die Vorwürfe, welche der freisinnigen Partei und speziell der „Freis. Ztg.“ betrefend der Haltung gegenüber der Sozialdemokratie zur Last fallen. Sie täuscht ihre Leser, indem sie thut, als ob wir es beklagt hätten, daß die „Freis. Ztg.“ uns unter dem Sozialistengesetz „bekämpfe“. Wir hatten dem Blatte aber nur das „Entstellen“, nicht das „bekämpfen“ zum Vorwurf gemacht; für die „Freis. Ztg.“ schämte dies also gleichbedeutende Dinge zu sein. Die „Freis. Ztg.“ behauptet weiter, unsere Polemik gegen sie sei „stets recht schwachlich und verlegen“ gewesen. Um bloß die beiden letzten Fälle zu erwähnen, in welchen wir mit der „Freis. Ztg.“ polemischen mußten, so hat die „Freis. Ztg.“ beide Male schweigen müssen; es handelte sich das eine Mal um den Schutz der Koalitionsfreiheit in dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzesgesetz, das andere Mal um die unwahre Behauptung der „Freis. Ztg.“, daß die Hälfte der sozialdemokratischen Abgeordneten durch Hilfe von Gegnern gewählt wäre. Die „Freis. Ztg.“ hat gegen unsere Widerlegung nicht antworten können und geschwiegen; darum behauptet sie auch — wie wir verlegen gewesen. Sodann meint die „Freis. Ztg.“, die Polemik des „Berl. Volksbl.“ würde vielleicht besser, nachdem die Herren Bebel und Liebknecht selbst die Redaktion übernommen haben. Das würde ja für die „Freis. Ztg.“ gefährlich werden; mit Herrn Eugen Richter wurden wir schon jedesmal fertig, für die Polemik gegen Bebel und Liebknecht würde sich die „Freis. Ztg.“ gewiß einen fähigeren Mitarbeiter suchen müssen. Endlich sagt die „Freis. Ztg.“ ihren Lesern noch allerlei Unsinne über ein gemeinschaftliches „Losziehen“ der sozialistischen Presse und der Reptilien auf. In einem anderen Artikel derselben Nummer giebt die „Freis. Ztg.“ freisinnigen Klubs, welche gegenwärtig Blätter halten wollen, den Rath, auf das „Berl. Volksbl.“ zu abonniren. Hat Herr Richter sich diesen Rath wohl gemüßigt überlegt? Wenn Jemand die „Freis. Ztg.“ und daneben das „Berl. Volksbl.“ liest, merkt er, daß erstere die Artikel des letzteren gewohnheitsmäßig entzieht und verdrängt.

Die „Holl. Ztg.“ bringt folgenden: „Zur Alters- und Invaliditätsversicherung“ überschriebenen Artikel:

„Es ist fast unglücklich, mit welcher Theilnahmslosigkeit ein Theil der Arbeiter dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz gegenübersteht. Obwohl dieses Gesetz den altersschwachen und arbeitsunfähigen Arbeitern vor den drückendsten Sorgen schützen soll, bringt man demselben vielfach nicht nur kein Interesse, sondern sogar ein gewisses Mißtrauen entgegen. Der Aufforderung, sich zeitig die Arbeitnachweise zu verschaffen, kommt man wenig nach und die Arbeiter geben sich herzlich wenig Mühe, sich über ihre Pflichten und Rechte bezüglich des Gesetzes zu unterrichten. Es wird uns mitgetheilt, daß auf einem größeren Werke Alles getan worden sei, um die Arbeiter zur Beschaffung der Arbeitnachweise zu ver-

Zug um die feinen Lippen und die leicht vertieften Wangen, etwas Scharfes und doch auch wieder Hüftloses in den Bewegungen, Schönheit ohne Grazie . . . in Italien wäre mir das Alles nicht ungewöhnlich erschienen; aber in Moskau, am Pretschikensky'schen Boulevard: da setzte es mich völlig in Erstaunen! Ich erhob mich bei ihrem Eintritt vom Stuhle; sie warf einen schnellen, unsicheren Blick auf mich, und setzte sich, ihre schwarzen Wimpern senkend, zum Fenster „wie Tatjana“. (Puschkin's „Olegin“ war damals frisch in unser Aller Gedächtniß.) Ich blickte auf Justoff, allein mein Freund stand mit dem Rücken zu mir, und empfing eben eine Tasse Thee aus Eleonore Karpowna's weichen Händen. Ich bemerkte ferner, daß das eingetretene junge Mädchen eine leichte Welle physischer Kälte mitgebracht hatte . . . „Welch eine Statue!“ dachte ich bei mir.

Achtes Kapitel.

„Peter Gravititsch!“ donnerte Herr Ratsch, sich zu mir wendend, „erlauben Sie mir, Sie mit meiner . . . mit meinem . . . meinem Nr. 1 bekannt zu machen. Da — ha — ha! Susanna Ivanowna.“

Ich verbeugte mich stumm und dachte sogleich: „Also paßt auch ihr Name nicht zu allen Uebrigen.“ Susanne aber erhob sich ein wenig, ohne zu lächeln oder ihre fest zusammengepreßten Hände zu trennen.

„Und wie steht es mit unserem Duo?“ fuhr Joan Demjanitsch fort. „Alexander Daviditsch? Oh, Wohlthäter? Ihre Fithier ist bei uns geblieben und mein Fagott habe ich schon aus dem Futteral gezogen. Lassen Sie uns die Ohren der ehrbaren Gesellschaft ergötzen!“ (Herr Ratsch liebte es, seine russische Rede mit ungewöhnlichen Ausdrücken zu spiden; es entriß sich ihm fortwährend Ausdrücke, gleich denen, welche die ultravollstümlichen Poesien des Fürsten Wjajemsky schmücken.)

„Also? Kommt er?“ rief Joan Demjanitsch, als er sah, daß Justoff nicht erwiderte. „Kolja, marsch in das Kabinett, trage die Notenpulte herbei! Olga, schlepe die Fithier her! Und Du, meine Rechtsgläubige, geruhe Lichte für die Notenpulte zu genehmigen!“ (Herr Ratsch drehte sich wie ein Kreisler im Zimmer umher.) Lieben Sie die Musik,

Peter Gravititsch? Wie? Wenn nicht, so machen Sie Konversation, aber: Pst! unter der Sordine! Ha — ha — ha! Wo mag doch dieser Narr von Fictor hingekommen sein! Könnte doch auch zuhören! Sie haben ihn sehr verwöhnt, Eleonore Karpowna.“

Eleonore Karpowna brauste auf.

„Aber was kann ich denn, Joan Demjanitsch . . .“

„Nun, gut, gut, lasse mich zufrieden! Bleibe ruhig, hast verstanden? Alexander Daviditsch, wenn's gefällig ist.“

Die Kinder führten den Befehl des Vaters augenblicklich aus, die Notenpulte wurden aufgestellt und die Musik begann. Ich habe schon gesagt, daß Justoff ausgezeichnet die Fithier spielte, allein dieses Instrument machte immer den allerherabwürdigendsten Eindruck auf mich. Mir war immer, und ist bis jetzt, als wenn die Seele eines Wucherjuden in der Fithier eingeschlossen sei, und als wenn diese Seele nasebald wehklagte und weinte über den unbarmherzigen Virtuosen, der sie zwingt, Töne herauszugeben. Ratsch's Spiel konnte mir auch kein Vergnügen gewähren, zudem hatte sein plötzlich blau-roth gewordenes Gesicht mit den bösen, weichen, rollenden Augen einen Unglück verheißenden Ausdruck angenommen; es war, als wenn er mit seinem Fagott Jemand ermorden wollte, und im Voraus schon drohte und schimpfte, indem er heisere, erstickte, grobe Töne einzeln heransetzte. Ich näherte mich Susannen, und die erste, augenblickliche Pause wahrnehmend, fragte ich, ob auch sie, gleich ihrem Vater, die Musik liebe?

Sie machte eine Bewegung als hätte ich sie gestoßen und sagte kurz: „Wer?“

„Ihr Vater“, wiederholte ich. „Herr Ratsch.“

„Herr Ratsch ist nicht mein Vater.“

„Nicht Ihr Vater? Vergeben Sie mir . . . So habe ich wohl falsch verstanden . . . Mir scheint aber, Alexander Daviditsch . . .“

Susanne sah mich schen und unverwandt an.

„Sie haben Herrn Justoff nicht verstanden, Herr Ratsch ist mein Stiefvater.“

Ich schwieg.

„Und Sie lieben die Musik nicht?“ fing ich wieder an.

Susanne sah mich seltsam an. In ihrem Blicke war

entschieden etwas Menschenscheues. Sie erwartete und wünschte die Fortsetzung unseres Gesprächs offenbar nicht. „Das habe ich Ihnen nicht gesagt“, brachte sie langsam hervor.

„Tu — tu — tu — tu — u — u . . .“ ertönte plötzlich das Fagott mit einer wahren Wuth, die Schluspassage ausführende. Ich wandte mich um, und sah den rothen, aufgeblasenen Hals Herrn Ratsch's unter seinen absteigenden Ohren und er kam mir sehr widerwärtig vor.

„Aber . . . dieses Instrument lieben Sie gewiß nicht“, sagte ich halbblau.

„Nein . . . ich liebe es nicht“, sagte sie, wie wenn sie meine versteckte Hindeutung verstanden hätte.

„Also! dachte ich, und mir war, als wenn ich mich über etwas freute.“

„Susanna Ivanowna“, sagte hierauf Eleonore Karpowna in ihrer russisch-deutschen Sprache, „liebt die Musik sehr und spielt selbst vortrefflich Klavier, sie will aber niemals spielen, wenn man sie sehr darum bittet.“

Susanne antwortete Nichts — sie sah Eleonore Karpowna nicht einmal an, und wandte nur leicht unter den gefenken Lidern die Augen nach ihrer Seite hin. Aus dieser Bewegung, der Bewegung ihrer Pupille allein, konnte ich entnehmen, welche Gefühle Susanne für die Frau ihres Stiefvaters hegte, und ich freute mich wieder.

Unterdessen war das Duo beendigt. Justoff stand auf, näherte sich unsicherem Schrittes dem Fenster, an welchem ich mit Susanne saß, und fragte sie, ob sie von Leubold die Noten erhalten habe, die er ihr aus Petersburg zu verschreiben versprochen hatte.

„Ein Potpourri aus „Robert der Teufel“, fügte er hinzu, sich zu mir wendend, „jener neuen Oper, über die jetzt so viel geschrieben wird.“

„Nein, ich habe sie nicht erhalten“, antwortete Susanne und, das Gesicht zum Fenster wendend, flüsterte sie hastig: „Ich bitte, Alexander Daviditsch, — ich bitte sehr, veranlassen Sie mich heute nicht zu spielen; ich bin gar nicht dazu aufgelegt.“

„Was? Robert der Teufel von Meyerbeer!“ rief Joan Demjanitsch zu uns herantretend, aus, „ich wette, daß das

Parteien die Staatsleitung zu übergeben, Folge leisten. Ob es wohl dem moralischen Einfluß der Behörden, der Presse und der Bevölkerung gelingt, von den Mitgliedern der Tessiner Regierung dieses Opfer zu erlangen?

Frankreich.

Es wird wieder einmal ein bißchen "enthüllt", und zwar heut nicht über den Boulaugismus, sondern über die hohe internationale Politik, speziell über das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland. Die Enthüllung geht von dem bekannten russischen Exdiplomaten Latitschew aus, welcher nach einem uns aus Petersburg zugehenden Privattelegramm im "Russki Westnik" Folgendes erzählt:

Als im Herbst 1890 Kattow in Petersburg weilte, ersuchte der deutsche Botschafter von Schweinitz den ihm von Wien bekannten Latitschew, zwischen ihm und Kattow eine Begegnung herbei zu führen. Herr v. Schweinitz rief darauf hin, daß er schon zu Ende der sechziger Jahre als Militär-Bevollmächtigter Beziehungen zu Kattow angeknüpft und zur Zeit der Krönung im Mai 1883 eine lange Unterredung mit demselben im Auftrage des Fürsten Bismarck hatte. Kattow irte sich, der Berliner Hof denke nicht daran, die erprobte Freundschaft Rußlands mit der zweifelhaften Oesterreichs zu verlauchen. Das Berliner Kabinett halte für das beste Mittel zur Versöhnung der Gegenseite einen

Dreibund, worin Deutschland als unparteiisches Mittelglied zwischen Oesterreich und Rußland vermittele. Latitschew verständigte von dem Wunsche des deutschen Botschafters Kattow, welcher erklärte, er habe mit Herrn v. Schweinitz Nichts zu reden, der Botschafter kenne seine Meinung aus der "Moskowskija Bedomosti", ebenso er die Anschauungen des Diplomaten. Herr v. Schweinitz, so sagte Kattow hierzu, sei ein aufrichtiger Freund Rußlands, er glaube, was er spreche; doch das sei eben die Kunst des Fürsten Bismarck, seinen Vertreter in Petersburg über die wahren Absichten des Reichstanzlers in Irrthum zu lassen. "Herr von Schweinitz", so äußerte Kattow u. A. zu Latitschew, "überzeuge mich, so lange, als ich die Geheimnisse der auswärtigen Politik nicht kannte und abstrakt urtheilte; jetzt weiß ich Alles, was ich bisher nicht einmal ahnte. Nichts ist im Stande, meine durch Fakta gewonnene Ueberzeugung zu erschüttern. Sagen Sie dem Botschafter, seine Worte hätten Wirkung geübt. Ich sei von der Heilsamkeit des projektirten Dreibundes überzeugt. Die Kombination gefalle mir sogar dermaßen, daß ich mich nicht mit einem Dreibunde begnüge, sondern vorschlage, sofort einen zweiten zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich zu schaffen; damit die Ähnlichkeit vollständig werde, müsse Rußland mit Frankreich, ähnlich dem deutsch-oesterreichischen Bündniß von 1879 ein Spezialbündniß abschließen. Kommt dennoch ein deutsch-französischer Krieg, so würde Ruß-

land Frankreichs Partei ergreifen, ebenso wie Deutschland die Partei Oesterreichs." Diese scharfe Antwort, bemerkt Latitschew, veranlaßte ihn, sie Schweinitz nicht direkt, sondern durch eine dritte Person zu übermitteln.

Was Latitschew da erzählt, ist nicht unwahrscheinlich. Es ist aber auch nichts, was zur Beurtheilung der Entwicklung der europäischen Lage etwas wesentlich Neues beiträgt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Liſtung beizufügen. Briefe Antwort wird nicht ertheilt.

Ihr. Ihre frühere Anfrage entsinnen wir uns nicht zu halten zu haben. Ihre Frage läßt nicht erkennen, ob Sie die Uhr im Einverständnis mit dem letzten Käufer erwerben wollen oder ohne dessen Wissen. Danach muß aber die Antwort verschieden ausfallen. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit. Wenn der Ausländer hier naturalisirt wird, so muß er hier Soldat werden, auch wenn er sich in seiner Heimath bereits freigelooft hatte.

A. F. 124. Der uns mitgetheilte Sachverhalt klingt unglaublich, daß wir Sie zunächst um mündliche Mittheilung bitten müssen, ehe wir Ihnen Rath ertheilen.

Theater.

Freitag, den 19. September.
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Die Braut von Messina, oder: Die feindlichen Brüder.
Berliner Theater. Eva.
Deutsches Theater. Das Wintermärchen.
Lesung-Theater. Das zweite Gesicht.
Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Die Puppenfee. Schöneherin von Saragoſſa.
Wallner-Theater. Mansell Nitouche.
Residenz-Theater. Ferreol.
Viktoria-Theater. Die Million.
Pellekiance-Theater. Madame Bonivard. Guten Morgen, Herr Fischer!
Abend-Theater. Der stolze Heinrich. Hierauf: Im Vorzimmer Sr. Excellenz.
Thomas-Theater. Der Alpenkönig und der Menschenfeind.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Raufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Eröffnungsvorstellung
Sonntag, den 20. Sept., 7 1/2 Uhr.
Reichhaltigstes Programm.
Große Zahl von
Specialitäten u. Artisten.
Men für Berlin.
Billetpreise: Loge 4 M., Tribüne 3 M., Sperrsitze 3 M., 1. Pl. 1.50 M., 2. Pl. 1 M., Gallerie 50 Pf. Billets sind zu haben ab Freitag, den 19. Sept., täglich von 10-5 Uhr in den Cigarrengeschäften der Herren Loosor & Wolf (Centralhotel und Bahnhof Alexanderplatz); an der Kasse im Circus von 10 bis 1 Uhr Vorm. und von 6 Uhr bis Schluß der Vorstellung. Sonntag 2 gr. Vorstell., um 4 und um 7 1/2 Uhr. 1893

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit ergebenst an, daß ich Anfang Oktober wieder ein
Bier- u. Frühstücks-Lokal
eröffne. 1946
Wilh. Thierbach,
Friedrichsgradt 16.
An der Köpenicker-Brücke.

Evorabräu!
Den Genossen des Südoften empfehle außer vorzüglichem Weißbier auch das bei den Arbeitern so beliebte Evorabräu, à Glas 10 Pf. 1733
Otto Linke,
Friedrichstraße 45.

Rheinländischer Tunnel,
gen.: „Die fidele Angelhose“,
Berlin N., Esplanade 73,
gegenüber der Bergstraße.
Nebenwons aller lebenslustigen Herren.
Brümmels, Nabaubrüder und Quastelfreien haben keinen Eintritt.
Kapellmeister: R. Blank.
Gesang: Lucia Moor.
H. Schultze (mit n. h.),
Planisch-Apotheker.

Paul Schröder's

Wirthshaus Wannsee
in
Beelitzhof
bei Wannsee
empfehle sein Lokal für Gesellschaften, Vereine, Familien u. a. m. zu Ausflügen und Landpartien.
Ausspannung.
Bahnverbindung durch Vorortzüge und Potsdamer Bahn nach Station Wannsee, von dort zu Fuß in 15 bis 20 Minuten nach meinem Lokal. Zu den zwei ersten Vorortzügen werden vom Schleifischen Bahnhof u. Alexanderplatz Arbeiter-Tagesbillets zum Preise von 50 Pfennig für Hin- und Rückfahrt nach Wannsee ausgegeben. 287

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein
Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft.
Wilh. Pahr, Elisabethkirchstr. Nr. 8 am Pappelpf.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinderkleider und Jacken
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Tricotailen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.

Eine außerordentliche

General-Versammlung
der
Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verw. Berufsg.
zu Berlin
findet am Sonntag, den 28. Sept. cr., Vorm. 10 Uhr, im Restaurant **Seefeldt**, Grenadierstraße 33, statt, wozu die Herren Delegirten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierdurch ergebenst eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Angelegenheit wegen der in der General-Versammlung am 2. März cr. beschlossenen Streichung des § 62a des Statuts und erneuter Antrag auf Streichung dieses Paragraphen.
2. Bericht des Vorstandes über das augenblickliche Verhältnis unserer Kasse zu dem Gewerks-Krankenverein.
3. Beschlußfassung d. Generalversammlung über die Kündigung des Vertrages mit dem Gewerks-Krankenverein. 1931
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen werden die Herren Delegirten ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Mandat legitimirt.
Berlin, den 18. September 1890.
Der Vorstand:
Carl Thieme.

Achtung! Achtung!
General-Mitglieder-Versamml.
des
Unterstützungsvereins d. Maurer Berlins
am Sonntag, den 21. d., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Schoffer's Salon, Inselstraße Nr. 10.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom letzten Quartal.
2. Abrechnung vom Vergangenen. 3. Endgiltige Beschlußfassung zur Vertagung des Vereins eventuell Vorstandswahl.
4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. 1942
Der Vorstand.

Bereins-Bibliotheken

errichtet und vervollständigt
E. Neuenhahn's Buchh.
Berlin, Kommandantenstraße 77-79.

Durch schlechten Geschäftsgang

bin ich gezwungen, in meinem altrenommirten Geschäft neben Pantinen, Holz- u. Filzschuhen, auch **Lederwaren**, wie Damen-, Herren- u. Kinder-Stiefel (Spezialität) zu führen, was ich meinen Freunden und Genossen hiermit zur Kenntnis und in Erinnerung bringe.
Jeder Genosse, der bis zum 30. Sept. Etwas kauft, erhält ein Billet zu dem an diesem Tage stattfindenden Arbeiterfest gratis, auch sind bei mir Billets zum Preise von 20 Pf. pr. Stück zu haben.
Chr. Geyer, Oranienstr. 4.

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in **Sommer-Paletots, Rock- und Jacket-Anzügen**, sowie einzelnen Hosen, Röcken, Jackets, Westen u.; ferner Damen-Mäntel und Kleider, Stiefel, Hüte, Betten, Wäsche, Uhren, Reise- u. Holzstöcke u. s. w. Alles in alt u. neu! Kaufe sämtliche Sachen auf Auktionen und von Leihämtern; auch sind verfallene Pfänder dabei, daher sehr billige Preise.
M. Bergien, Skalierstr. 127.
(Gegründet 1874.)
Bitte recht genau auf Namen u. Hausnummer zu achten.

Möbel, Spiegel und
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hofpartee.
Zahlung nach Ueberkunft.

Möbel, Spiegel und
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hofpartee.
Zahlung nach Ueberkunft.

Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Gewerkschaften
am Freitag, den 19. September, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Jordan's Salon**, Neue Grünstraße 28.
Tages-Ordnung:
1. Sanctionirung der Resolutionen und Beschlüsse von der Berliner Streik-Kontrollkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Einberufer.

Große öffentl. Volks-Versammlung

für **Stralau-Kummelsburg und Umgegend**
am Sonntag, den 21. September 1890, Vorm. 11 Uhr,
in der **Gräfl. Reischach'schen Brauerei** zu Stralau.
Tages-Ordnung:
1. Unser Programm. 2. Der Organisations-Entwurf. Referent **Carl Baake.** 3. Diskussion. — Entree nach Belieben.
Der Einberufer.

Große öffentl. Volks-Versammlung

für **Riedorf und Umgegend**
am Sonntag, den 21. September 1890, Vormittags 10 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn **Niesegk**, Bergstrasse 129.
Tagesordnung:
1. Der Organisationsentwurf und der Parteitag. Referent **Wilhelm Werner.** 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Genossen zur Beschickung des Parteitages. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht der Genossen des ganzen Kreises, recht zahlreich zu erscheinen.
1927
Der Einberufer.

Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.

Sonntag, den 21. September, Vorm. 10 1/2 Uhr,
in „**Deigmüller's Lokal**“, Alte Jakob-Strasse No. 48 a
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Diskussion. Geschäftliche Vereinsachen. 2. Erledigung der eingegangenen Anträge. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
Der Vorstand.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein (Mitgliedschaft Berlin).

Sonntag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei **Reyer**, Alte Jakobstrasse 48
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Schulamts-Kandidaten **Herrn Pinn** über: „Selbstnord und die sozialen Verhältnisse in Deutschland.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung beginnt pünktlich.
1928
NB.: Sonntag, den 21. d. M., findet ein gemüthliches Beisammensein in **May's Salen**, Beuthstr. 20, statt. Anfang Abends 6 Uhr. Entree frei.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter

und verwandter Berufsgenossen.
General-Versammlung
am Montag, den 22. September, Abends präzis 8 Uhr
in **Deigmüller's Salon**, Alte Jakobstrasse 48a.
Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes: Wahl einer Werkstatt-Kontrollkommission.
2. Resolution, betreffend die Arbeitszeit. 3. Vereinsangelegenheit.
Den Mitgliedern wird bekannt gemacht, daß sich die Wohnung der Kassirers vom 28. September Adalbertstraße 71, Seitenflügel 1 Tr., befindet.
Der Vorstand.

Grosser Sommernachtsball

des **Verbandes deutscher Müller und Mühlenarbeiter (Berlin)**
am **Sonabend**, den 20. d. M.,
in **Rehlitz' Salon**, Berg-Strasse No. 12.
Billets, Herren 50, Damen 30 Pf., sind im Lokal bei Herrn **Rehlitz** zu haben. Gäste hierzu ladet freundlichst ein.
Das Comitee. J. A. C. Wille.

Fachverein der Tischler (Norden).

Montag, den 22. September, Abends 8 1/2 Uhr, in der **Adler-Brauerei**, (oberer Saal), Gesundbrunnen, Badstraße:
Gr. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Millarg** über: „Die Gewinnbetheiligung der Arbeiter und ihre dadurch bedingte Lebensweise.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. — Sämmtliche Kollegen sind zu dieser Versammlung eingeladen.
[1951] Der Bevollmächtigte.

Albert Auerbach.

Kollbuscher Damm 7 (nahe der Kollbuscher Brücke).
Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.
Spezialität: **Herrenstiefel**, genagelt und auf Rand.
Pferdebahngeld vergütet.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 18. September.

Vom Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryd, wird die Sitzung um 7 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen eröffnet. Von den Abtheilungen ist ein Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Herstellung eines Wassersturzes im Viktoriapark und die Vergrößerung des Parkterrains gewählt worden. Der Stadtrath Spielberg ist am 19. d. M. gestorben. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisationsgesuche geschäftsmäßig erledigt. Die Vorlage, betreffend die Einrichtung des Steindepot-Platzes am linken Ufer der Spree wird nach längerer Debatte, an der am linken Ufer der Spree, Kallisch, Dünse, Gilmann und Veelitz theilnehmen, nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt. Es folgt die Verachtung über den Antrag Vogtherr und Genossen, den Magistrat mit Rücksicht auf den am 11. August d. J. wiederum stattgefundenen Vorfall, daß ein Einwohner dieser Stadt von einem Wachtposten erschossen worden ist, zu ersuchen, gemeinsam mit der Versammlung die zuständigen Militärbehörden aufzufordern, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, wonach derartiger Vorfall der Bürgergesellschaft bedrohende Vorkommnisse unmöglich gemacht werden. — (Der Wortlaut des Antrages ist unseren Lesern bekannt.)

Dierzu beauftragen die Stadtv. Langerhans und Genossen folgende Beschlusfassung:

In Erwägung, daß die Versammlung zwar die ausgedehnten Befugnisse der Wachtposten, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, für dringend abänderungsbedürftig hält, daß es jedoch Sache der Volksvertretung, speziell des Reichstages, ist, Beschwerden der in Rede stehenden Art zur Besprechung und eventuell zur Abhilfe zu bringen, beschließt die Versammlung, über den Antrag Vogtherr und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Das Wort erhält zunächst der Antragsteller.

Stadtv. Vogtherr: Denjenigen, welche der Tageschronik der Stadt einige Aufmerksamkeit schenken, wird der Vorfall vom 11. August nicht entgangen, und jeder Menschenfreund wird durch ihn erschüttert sein. Ein Mann wird vom Wachtposten niedergeschossen, weil er seinen Anordnungen nicht Folge geleistet hat. Aber nicht mit Rücksicht auf diesen einen Fall ist der Antrag von mir gestellt, sondern mit Rücksicht auf mehrere Fälle und auf das Militärreglement überhaupt, das solche Vorfälle erst herbeiführt. Fälle sind bekannt, wo direkt Unbetheiligte getödtet oder verunmündet wurden, so in der Hofenstraße, vor der Reichsbrücke in der Kranienstraße und vor einigen Jahren im Invalidenpark. Von diesen Fällen wird auch künftig die Rede sein, wenn nicht das Reglement geändert wird. Zur Entschuldigender solcher Vorfälle wird angeführt, daß es sich um Kinder, um Trunkene handele, häufig mit einem Seitenhieb auf die arbeitende Bevölkerung. Gerade Kinder und Betrunkene gegenüber ist Milde kein Plaque. Schwerhörige können den Ruf des Soldaten nicht hören. Wenige kennen die Instruktion, denn meist sind wir doch wohl noch nicht, daß 6- oder 7jährige Staatsbürger das Militär-Reglement schon auswendig kennen. Mein Antrag ist weder zwecklos noch abnorm. Im April 1888 ward ein Antrag Jakobs-Horwith angenommen, der sich mit derselben Angelegenheit befaßte, freilich aber keinen Erfolg hatte. Die Stadt muß trotzdem, gleichgiltig um den äußeren Erfolg, in solchen Fällen alles thun, was in ihrer Macht steht. Wir sind vollständig und werden dieser Zuständigkeit nicht entzogen durch die Gründe, welche der Antrag Langerhans enthält. Was läßt es sich die Stadt nicht alles kosten, um den Bürgern Leben und Gesundheit zu schützen. Wir bemühen uns alle, derartige Einrichtungen zu fördern. Da sollten wir einen Augenblick zögern, auch in diesem Falle rücksichtslos zu bekämpfen, was sich dem Wohle der Bürger entgegenstellt? Unser Antrag ist kein Parteiantrag. Wie schon erwähnt, wurde 1888 von Jacobs beantragt, die Art der Militärgefangenen-Transporte zu ändern, und der Antrag wurde rund und nett angenommen. Auf die nähere Veränderung des Antrages Langerhans bin ich gespannt; die vorliegende genügt nicht. Was in ihm angeführt wird als Grund der Angelegenheit hier nicht zu berathen, konnte auch als Grund der Nichtberatung der Anträge im Jahre 1888 und 89 gelten. Ich möchte nicht hin, daß unser Antrag nun bei der Militärbehörde Erfolg haben wird. Gegenüber dem rücksichtslosen Vorgehen der Militärbehörde, welches führt auf vorläufige Instruktionen (Sachen) nicht aber nur Rücksichtlosigkeit, nicht sentimentales Abwarten. Jeder Bürger ist der Gefahr ausgesetzt; völlig unbetheiligte Personen werden betroffen. Einer solchen Möglichkeit, die nichts als die Möglichkeit größter Brutalität ist, die Krieg im Frieden ist, muß entgegengetreten werden. Unser Antrag erfordert kein Geld, er ist dem Prinzip der Humanität entsprungen. Läßt der Magistrat sich den zweifelhaften Nutzen nicht nehmen, zaghaft und rücksichtslos in dieser Sache zu sein, so geht das nur ihn an. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich nicht darum zu kümmern, sondern ihrer Pflicht zu thun. Gegenüber der Uebermacht des Militärs muß es jedem nur einigermaßen frei denkenden Menschen eine wahre Herzenslust sein, diesem Ungethüm einmal die Zähne zu zeigen.

Stadtv. Meyer I: Unser Antrag ist völlig begründet. Redewendungen wie „Brutalität“ und „Ungethüm“ sind zu groß, um auf uns zu wirken. Es hat eine gewisse Berechtigung, dem Militärposten mehr Rechte als einem Schutzmann etwa zu gewähren, weil er sich nicht von seinem Posten entfernen darf. Andererseits ist es aber ein Nothstand, wenn ungebildete Redner das Recht haben, auf Zivilisten zu schießen. Wir sind jedoch in der Angelegenheit nicht kompetent. Wir dürfen nur „gemeine Angelegenheiten“ besprechen. Eine „gemeine Angelegenheit“ liegt nicht vor. Nach der Theorie des Herrn Vogtherr könnten wir hier jedes schlechte Gesetz des Staates erörtern. Wir dürfen erörtern, was unsere Kommune besonders oder in Verbindung mit anderen Kommunen angeht. Es wäre ein Uebergriff, wenn wir die wir auf Grund einer Klassenwahl hier sitzen, uns in Dinge mischten, welche die Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu Stande kommt, allein angehen. Die Militärbehörde würde uns gar nicht antworten, nur dem Reichstag gegenüber ist sie verpflichtet, Rede und Antwort zu geben. Nehmen Sie unsern Antrag an. (Bravo.)

Ein Schlusssatz wird abgelehnt.

Stadtv. Singer: Obgleich ich an Vieles gewohnt bin, was die hier herrschende Auffassung über Rechte und Pflichten der Bürger betrifft, so muß ich doch sagen, daß ich heute überrecht worden bin durch die Art und Weise, wie der Stadtv. Meyer I den Antrag auf motivirten Uebergang zur Tagesordnung begründet hat. Wie anders dachte vor 25 Jahren diese Versammlung, als Männer wie Kochmann, Brehler und Vollgold mit allen Kräften den Grundsatze verfochten, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Stadtverordneten-Versammlung sei, alle öffentlichen Angelegenheiten in den Kreis ihrer Erörterungen zu ziehen. Wo soll es denn hin, wenn Sie sich

diesen Pflichten entziehen, nur weil Sie fürchten, irgendwo Anstoß zu erregen? Kann es ein größeres „gemeines Interesse“ geben, als hier, wo es sich um Leben und Gesundheit der Bürgerschaft handelt? Als 1888 ein ähnlicher Antrag hier vorlag, haben Sie für ihn gestimmt. Freilich war der Antragsteller nicht aus unseren Reihen, sondern gehörte der Majorität an. Unsere Pflicht und Schuldigkeit ist es, dafür zu sorgen, daß nicht soldatischem Uebermuth und Muthwillen Leute zum Opfer fallen. (Unruhe, Glocke des Vorstehers.)

Vorsteher: Ich ersuche Sie, das Wort „Muthwillen“ zurückzunehmen.

Stadtv. Singer: Ich habe keine Ursache, auch nur ein Wort von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe.

Vorsteher: Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Stadtv. Singer: Ist es nicht unerhört, in die Hand von jungen Leuten Leben und Gesundheit der Passanten zu legen? Können Sie die militärische Schneidigkeit so anbieten, daß Sie die Verhängung der Todesstrafe auf Nichtbefolgung der Anordnung eines Postens billigen? Durch die Auffassung, wie sie von dem Stadtv. Meyer I vertreten worden, wird das Petitionsrecht der Bevölkerung puru vernichtet. Schon vom Standpunkt des durch die Verfassung garantierten Petitionsrechtes aus, haben wir das Recht, zu der vorliegenden Frage Stellung zu nehmen. Wenn wir 88 den „Schlag ins Wasser“ nicht geschont haben, so können wir ihn auch heute wagen. Sollte der Magistrat unsern Antrag wirklich abweisen, so bleibt es uns dann immer noch überlassen, für uns Schritte zu thun. Aber der Magistrat wird es sich sehr überlegen, bevor er es auf sich nimmt, einen solchen Antrag nicht Folge zu leisten. Wie notwendig es ist, den Wirkungen des Militarismus Widerstand entgegenzusetzen, das haben doch wahrlich gerade Vorkommnisse der letzten Zeit bewiesen. Denken Sie an den empörenden Vorgang, der sich in der Kaserne am Gieshaufe abgespielt hat. Da haben wir doch allen Grund, jedem Vorschlag zuzustimmen, der die Macht des Militarismus einzudämmen sucht. Leben und Gesundheit der Bürger dürfen nicht in die Hände des ersten besten, zwanzig, einundzwanzigjährigen Wachtpostens gelegt werden. Sollte die Militärbehörde auf unsere Wünsche nicht eingehen, dann hat sich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung mit einer Petition an den Reichstag zu wenden und ihn gemeinsam aufzufordern, diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen. — Ich wünschte, sie fänden den Muth, den Sie vor 25 Jahren hatten, wieder und befundeten ihn durch Annahme unsern Antrages.

Stadtv. Wirth: Wir sind, was den materiellen Untergrund der Frage betrifft, völlig einverstanden mit den Antragstellern. Es handelt sich hierbei aber um eine Zweckmäßigkeit- und Kompetenzfrage. Von einer besonderen Kourage unsererseits kann doch gar keine Rede sein, wenn wir den Antrag Vogtherr annehmen. Wir müssen aber sagen, daß der Antrag gar keine Wirkung haben wird. Er bleibt vielleicht schon beim Magistrat hängen, jedenfalls aber bleibt er völlig wirkungslos bei der Militärbehörde. Das Recht, hier öffentliche Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, möchte ich nicht einschränken. Der Fall aus dem Jahre 1888 lag anders. Ich möchte mich nicht gerne an unnütze Schritte betheiligen. Das nicht unsern Ansehen nicht. Wir könnten eine Antwort von der Militärbehörde bekommen, die wir nicht hinter den Spiegel stellen.

Ein Schlusssatz wird angenommen.

Der Antrag Langerhans und Genossen wird angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind belanglos.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Lokales.

Ueber das Maschinenwesen einst und jetzt bringt die „Zentralztg. für Optik und Mechanik“ eine Reihe interessanter Mittheilungen: Nur wenige dürften eine richtige Vorstellung davon haben, mit welchen Schwierigkeiten es noch vor jetzigem Jahren verbunden war, ein brauchbares Werkzeug aus Metall oder gar eine brauchbare Maschine herzustellen. Der 1874 im Alter von 85 Jahren gestorbene englische Ingenieur Fairbairn, der Verbesserer der Spinnmaschine und Erfinder der eisernen Schiffe, bezeugt, daß noch im Jahre 1814 in allen englischen Maschinenfabriken sämtliche Verrichtungen in Handarbeit bestanden. Man kannte damals weder Hobel-, noch Fraise-, noch Bohrmaschinen, die Drechselbank und der Drill-Bohrer waren in der Hauptsache Alles, was dem damaligen Mechaniker zu Gebote stand. Dabei mußten diese Apparate mit der Hand geführt werden; sie standen also in der Genauigkeit der Arbeit selbst bei den geschicktesten Meistern gegen die heutigen, durch Dampf bewegten Arbeitsmaschinen weit zurück. Nähmaschinen, die ja auch bei der Herstellung von Schuhwerk jetzt eine große Rolle spielen, hätte man damals selbst wenn Plan und Zeichnungen vollständig vorgelegen, gar nicht herstellen können. — Alle Erfinder jener Zeit waren genöthigt, die Maschinen, die sie erdacht, eigenhändig ohne maschinelle Behilfe anzufertigen, wobei sie vorher meist erst die erforderlichen Werkzeuge zu erfinden und anzufertigen hatten. Als der berühmte englische Mechaniker Clement im Jahre 1814 als Meister in eine Londoner Werkstätte eintrat, fand er das Handwerkzeug in einem so ungünstigen Zustande vor, daß er oft Tage lang an der Schmelzesse zubringen, hämmern, feilen, bohren mußte, um das Gevähe zweckmäßig einzurichten. James Watt, der eigentliche Erfinder der Dampfmaschine, konnte seine erste Maschine nicht recht in Gang bringen, da es an genauen Vorrichtungen fehlte. Auch war er genöthigt, sich brauchbares und zweckentsprechendes Werkzeug erst selbst herzustellen. Der erste Dampfzylinder, den Watt gieseln ließ, zeigte sich unrichtig und war überdies an dem einen Ende fünf Millimeter weiter als an dem andern Ende. Ein guter Dampfzylinder darf aber in dieser Hinsicht keinen Unterschied über einen halben Millimeter zeigen. Und mit welchen Unkosten waren damals alle Arbeiten verbunden! Withe worth, einer der ältesten Fabrikanten von Arbeitsmaschinen in England, hebt hervor, daß das Poliren von Gußeisenschälchen vor 40 Jahren, da diese Arbeit noch mit der Hand ausgeführt werden mußte, 12 M. pro Quadratfuß gekostet hat, während die heutige Metall-Hobelmachine eine weit bessere Leistung für 10 Pfenninge leistet. Auch die ersten Stahl-Schneidfedern wurden durch Handarbeit hergestellt. Der bekannte englische Stahlfeder-Fabrikant Perry zahlte für die ersten brauchbaren Stahlfedern 5 M. Lohn pro Stück. Wenn man daher liest, daß eine Stahlfeder 20 M. kostete, so kann das nicht Wunder nehmen. Und doch werden die damaligen Stahlfedern in der Qualität und Brauchbarkeit hinter den heutigen zurückgefallen haben. Nachdem die Fabrication etwas in Fluss gekommen war, mußte man noch immer vier, dann zwei Mark für eine Stahlfeder zahlen und noch lange hielt sich der Preis auf einer Mark pro Stück. Welch ein Abstand gegen heute, wo man für diesen Preis schon ein Großbrauchbares Stahlfeder kauft.

Ein Beamter, der nicht in vielen Exemplaren zu finden ist, ist der Pritstabel, der Wasservogt der Spree und Spree, über welchen der „A. f. d. S.“ folgende Mittheilungen macht: Der Pritstabel stammt noch aus der wendischen Zeit und war ursprünglich ein Fischer, dem sich seine Berufsgenossen freiwillig

unterordneten. Das Wort stammt von Pritstafel (Auffseher). Der Pritstabel ist nur der Spree und Havel eigenthümlich, es giebt sie einen in Spandau, Ruppiner und Köpenick. Schon in einer Urkunde von 1487 wird der Pritstabel erwähnt. Seine Attribute sind der Knittspahn und der eiserne Hecht zum Messen der Reismäßen. Seine Einnahmen setzten sich früher mannigfaltig zusammen, u. a. hatte der von Köpenick die Nutzung des Schiffsgrases auf den kleinen Inseln der Spree. Auf seinen Reisen über den Berg und verpflegten ihn die Fischer. Jetzt ist der Pritstabel ein Beamter der Domänenverwaltung mit festem Gehalt.

Der Weber Karl Becker, augenblicklich in Niederschönweide wohnhaft, ist vor ungefähr zwei Monaten aus Amerika zurückgekehrt, wohin er sich nach seiner im Jahre 1887 erfolgten Ausweisung begeben hatte. Die Rückkehr des Ausgewiesenen ist von verschiedenen bürgerlichen Blättern so ausgelegt worden, als ob Herr Becker sich zum Zwecke unbehelligter Rückkehr an irgend eine Behörde gewandt habe. Wir sind in der Lage, alle dahingehenden Gerüchte auf ihren wahren Werth zurückzuführen zu können. Herr Becker ist ohne eine Person oder Behörde zu fragen hierher zurückgekehrt und gedenkt auch fernhin hier zu verbleiben.

Der Graf von Pleiß-Kos ist am Mittwoch Abend gegen 7 Uhr von neuem verhaftet worden. Derselbe hatte im Laufe des Tages noch erhebliche Einkäufe im Geschäft von Rudolf Herzog gemacht. Gegen Abend hatte er eine längere Konferenz mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker. Als er dessen Bureau verließ, wurde er auf der Straße durch auf ihn wartende Kriminalbeamte verhaftet. Die Nacht über wurde er im Polizeipalast am Alexanderplatz internirt, am Donnerstag früh erfolgte seine Einlieferung in das Moabitische Untersuchungsgefängniß. Wenn schon die kgl. Staatsanwaltschaft von vornherein die seitens des Untersuchungsrichters angeordnete Haftentlassung nicht gebilligt hat, so scheint es doch, als habe das allgemeine Aufsehen, welches die Haftentlassung gegen Stellung einer Kaution von 10 000 M. — einer Summe, die im Verhältnis zu dem auf 7 Millionen geschätzten Vermögen des Grafen geradezu bagatelzmäßig erscheint — in Publikum und in der Presse erregte, wesentlich zu der erneuten Verhaftung beigetragen zu haben. Dazu gesellten sich die Mittheilungen der Presse über die Schwere der Verletzungen, welche der Restaurateur Alberts erlitten, und endlich der Umstand, daß der Graf nach seiner Haftentlassung sofort einen neuen Erzes provozierte (der allerdings schlimme Folgen nicht bedarf). Unter allen diesen Umständen erscheint eine erneute Haftentlassung selbst gegen hohe Kaution ausgeschlossen, zumal es in dem Falle Alberts eines Strafantrages — ein solcher liegt nämlich noch nicht vor — seitens des Verletzten gar nicht bedarf. Wenn die Vertheidigung — wie es den Anschein hat — darauf hinarbeitet, den Herrn Grafen als geisteskrank, wenigstens als hochgradig und bis zur Unzurechnungsfähigkeit noch hinzustellen, und wenn sie dabei durch ärztliche Autoritäten unterstützt wird, so kann es zwar geschehen, daß der Herr Graf straffrei ausgeht, aber dann dürfte es ihm positiver, daß er, wie einst der Fürst Salkowsky, als gemeingefährlich in eine Irrenanstalt gesteckt wird, um dort von seinem nervösen Leiden befreit zu werden.

Zur Affaire Pleiß. Der Zustand des in der Sonnabend Nacht von dem Grafen in der geschickten Weise so mißhandelten Restaurateurs Alberts hat sich in der verfloffenen Nacht derartig verschlimmert, daß, wie der behandelnde Stabsarzt Dr. Böhring erklärte, eine Amputation des rechten Armes, wie auch eine solche des rechten Fußes leider nicht zu umgehen sein wird. Diefelbe dürfte, da eine brandähnliche, hochgradige Entzündung bereits eingetreten, schon am heutigen Nachmittag vorgenommen werden. Eine sehr schwere Verletzung, die ebenfalls zu großer Besorgniß Veranlassung giebt, hat sich A. im Gesicht dadurch zugezogen, daß ihm, nach erfolgtem Witzur über das Treppengeländer, der Messingbügel einer Zigarrentasche, welche er in der sogenannten Revolvertasche seines Beinkleides trug, tief in das dicke Fleisch eindrang und später nur mit Mühe entfernt werden konnte. Wie verlautet, werden die nächsten Familienmitglieder des Herrn A. auf dem Wege des Zivilprozesses gegen den gräßlichen Missethäter vorgehen, um eine Entschädigung für die Verstümmelung des Herrn A. geltend zu machen.

Großes Aufsehen erregt im benachbarten Niddorf die Verhaftung des daselbst wohnhaften und in Berliner Geschäften wohlbekannten Vergolders H. wegen Verübung einer Reihe von Einbruchsdiebstählen. — In letzter Zeit haben derartige Diebstähle in den gesammten Vororten, ganz besonders aber in Niddorf, in bedenklicher Weise überhand genommen, so daß die Ortsbehörden im Verein mit unserer Kriminalpolizei eine rege Thätigkeit entwickelten, um den Dieben auf die Spur zu kommen. — So gelang es denn auch vor Kurzem, eine aus zehn Personen bestehende Bande, bei welcher sich ein Einbrecher-Metador, der berüchtigte „Schlosser-Karl“, befand, festzunehmen. Mitglieder der Bande scheinen nun „gepfiffen“ zu haben und das Resultat der Untersuchung war, daß H., der sich des besten Vermögens erfreute, als der Urheber einer großen Zahl von Einbrüchen verhaftet wurde. Der Vergolder, welcher in vielen besser situirten Familien Zutritt hatte und dieselben besuchte, fand natürlich so die beste Gelegenheit, Diebstähle „auszubaldern“ und es sind ihm bereits acht Diebstähle nachgewiesen, die von der Bande unter seiner Leitung ausgeführt wurden.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße traf hier vorgestern gegen 3 Uhr die Wirtschasterin K., aus Meise kommend, ein, welche einem argen Betrag zum Opfer gefallen ist. Unmittelbar nachdem sie den Eisenbahnzug verlassen hatte, trat ein Mann, welcher der K. wohl ansehen mochte, daß sie in Berlin nicht bekannt ist, an sie heran mit der Frage, ob sie bei ihm Wohnung nehmen wolle, er habe mehrere Zimmer unter vortheilhaftesten Bedingungen zu vermieten. Die K. willigte ein, und der Mann, welcher sich für einen „Kellner Gröhl“ ausgab, rief nun einen mit einer blauen Blouse bekleideten, mit einem demjenigen der Dienstmänner ähnlichen Bleichsild versehenen Menschen herbei und beauftragte diesen, das Gepäc der K. auf seinen Handwagen zu laden und damit fortzuführen. Dann führte der angebliche Gröhl die K. in eine Gastwirthschaft und durch mehrere Straßen. Schließlich hat er sie, in einem in der Lübeckerstraße belegenen Hause eine Besichtigung auszurichten. Der K. wurde die ihr bezichnete Wohnung nicht geöffnet und als sie nun auf die Straße zurückkehrte, war ihr Begleiter verschwunden. Ihr Gepäc, ein großer Reiseforb, ein grauer, beschlagener Handkoffer und ein Lederkoffer hat sie nicht wieder zu Gesicht bekommen. In dem Bekannten befanden sich nach ihren Angaben außer Kleidungsstücken und Wäsche ein Sparfassenbuch der Sparkasse zu Meise über 12 000 Mark, 600 Mark in baarem Gelde und noch verschiedene Kostbarkeiten, u. A. eine goldene Damen-Remontoiruhr, in deren Kapsel „Meise“ und zwei Buchstaben eingravirt sind, sowie ein goldener Stegeling mit Pettschaft und den Buchstaben B. K. Der vorgegebliche Gröhl ist 35 bis 40 Jahre alt, hat schwarzen, auf der rechten Seite graugemischten Schnurrbart, schwarzes, kurzgeschmittenes, vorn hochgelamtes Haar, ein volles, rothes Gesicht und war mit einem graubraunen, etwas abgetragenen Sommerüberzieher, dunklem Rock, schwarzer Tuchhose und Weste und mit einem runden, schwarzen Hut bekleidet.

Selbstmord im Thiergarten. Von Passanten wurde heute früh im Thiergarten die Leiche eines gut gekleideten jungen Mannes an einem Baume erhängt aufgefunden. Die Polizei veranlaßte die Ueberführung der Leiche nach dem Obduktionshause, woselbst sie im Laufe des Vormittags von Angehörigen bereits rekonstruiert worden ist. Ueber die Veranlassung zum Selbstmord soll jegliches Motiv fehlen, da der Todte ein sehr solider Mensch gewesen und in durchaus geregelten Verhältnissen gelebt haben soll.

Stichbrieflich verfolgt wegen Diebstahls wurde irrtümlicher Weise der Schneider Franz Krosche. Am 4. d. M. Morgens wurde in seiner Wohnung, Hollmannstr. 34, verhaftet und nach Moabit geschickt. Glücklichweise konnte K. Zeugen für seine Schuldlosigkeit beibringen und so wurde er denn, nachdem sich der Irrthum herausgestellt hatte, entlassen. Krosche mußte drei Tage in Moabit zubringen.

Stenographie-Unterricht. Der Stenographen-Verein „Apollobund“ hat die Stenographie nach dem Trenchardschen System so vereinfacht, daß nur noch 4 bis 6 Stunden zur Erlernung erforderlich sind. Damit sich jeder selbst überzeugen kann, beginnen öffentliche Unterrichtskurse am nächsten Freitag in dem Saale Kommandantenstr. 62, am nächsten Montag im Moabiter Kasino, Wilsnackerstr. 63, überall Abends 8¼ Uhr, und am nächsten Sonntag Mittags 12 Uhr (namentlich für Damen und Schüler) im Saale Kommandantenstr. 62. Der Unterricht wird überall mit einem von H. Matzsch gehaltenen Vortrage über die Bedeutung und Entwicklung der Stenographie eingeleitet werden, wozu jeder freien Zutritt hat. Der Unterricht ist unentgeltlich, für die Lehrmittel sind 3 M. zu entrichten.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Morgens wurde auf dem Königsplatz, in einem Gebüsch, die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden und nach dem Schauhause geschickt. — Abends fiel vor dem Hause Oranienstr. 146 infolge eines Fehltritts der Hutmacher Wachslein und erlitt einen Bruch des linken Fußgelenks. — Zu derselben Zeit sprang ein Mädchen von der Grobbeerbrücke in den Landwehr-Kanal, wurde jedoch, scheinbar ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. Langjährige Krankheit scheint die Veranlassung zur That gewesen zu sein.

Gerihts-Beitung.

Eine Verleumdungsklage, welche heute vor der 98. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts verhandelt wurde, drehte sich um Angelegenheiten der Arbeiterpresse und nahm deshalb eine längere Zeit in Anspruch. Privatkläger war der Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Philipp Schmitt. Angeklagter der Redakteur des „Berliner Volksblatt“, Kurt Baake. Am 15. April e. fand im Joel'schen Saale in der Andreestraße eine Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher eine Kritik an der Sach- und politischen Arbeiterpresse geübt wurde. Bei dieser Gelegenheit soll Herr Schmitt die Arbeiterpresse heftig angegriffen und gesagt haben, daß beispielsweise das „Berliner Volksblatt“ bis in die Knochen hinein verfault sei. — Das „Berliner Volksblatt“ erwiderte darauf in einem heftigen Artikel, in welchem es Herrn Schmitt, welcher s. Z. Mitarbeiter des „Volksfreund“ gewesen ist, einen Leibschmerz des Herrn Schweinburg nannte und die Vermuthung aussprach, daß vielleicht die Absicht vorliege — wie dies im Jahre 1884 durch den „Volksfreund“ geschehen sei — mit einer gekauften Presse und durch gekaufte Männer einen Keil in die Arbeiterbewegung hineinzutreiben. Die Entstehungsgeschichte des ehrenwerthen „Volksfreund“ und die Rolle, welche Herr Schmitt dabei gespielt, sei noch nicht vergessen. — Als Vertreter des Angeklagten war Rechtsanwalt Tallet als Vertreter für den Rechtsanwalt Heine, als Anwalt des Privatklägers Rechtsanwalt Dr. Pattermann, zur Stelle, als Zeugen waren Maurer Wernau, Tischler Wiedemann, Redakteur Schweinburg und Schriftsetzer Rudolf geladen. — Rechtsanwalt Tallet führte aus, daß die Kritik über Herrn Philipp Schmitt eine durchaus berechtigte sei. Der „Volksfreund“ habe ursprünglich sozialdemokratische Mäxlen angenommen, hauptsächlich sei dasselbe aber von Herrn Redakteur Schweinburg, dem jetzigen Herausgeber der offiziellen „Berliner politischen Nachrichten“ dirigiert worden und diese Verhältnisse hätten den bei dem „Volksfreund“ beschäftigt gewesenen Schmitt nicht verborgen bleiben können, da viele der dem „Volksfreund“ zugehenden Artikel auf Papier geschrieben waren, die das Wasserzeichen „Ministerium des Innern“ trugen. — Rechtsanwalt Pattermann bestritt aufs Entschiedenste, daß Schmitt mit Herrn Schweinburg in Verbindung gestanden habe, noch viel weniger habe sich derselbe mit seiner politischen Meinung verkauft. Herr Schmitt habe nichts weiter gethan, als daß er für ein neugegründetes Arbeiterblatt, welches von einem Herrn Dr. Arter redigiert und einem Herrn Krause verlegt wurde, den Arbeitertheil redigirte. — Rechtsanwalt Tallet bot einen neuen Beweis dafür an, daß Herr Schmitt seine Gesinnung gegen persönliche Vortheile wechselte. Als in der Offizin der „Berliner Zeitung“ eine Niederlegung der Arbeit stattgefunden, habe Herr Schmitt als Vorsitzender des Vereins der Buchdrucker eine öffentliche Erklärung erlassen und darin Herrn Willein des Wortbruchs beschuldigt. Am Tage nachher habe er aber eine direkt entgegengesetzte Erklärung über das Verhalten des Herrn Willein veröffentlicht, und zwar weil er sich inzwischen als Metteur bei Willein gemeldet habe. — Angell. Baake: Bis zum Jahre 1884 sei es unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes unmöglich gewesen, ein sozialistisches Blatt heraus zu geben. Da sei der „Volksfreund“ des Herrn Schweinburg erschienen und zu Berichtserstatter und Redakteuren des Blattes seien Leute engagiert worden, welche in der Gewerkschaftsbewegung eine Rolle gespielt haben. Dazu gehörte Herr Schmitt, welcher früher Sozialdemokrat gewesen und an einem Blatte mitwirkte, welches, wie sich später herausstellte, von der Regierung subventionirt war. Er bitte dringend, sowohl den Redakteur Schweinburg, als auch den Schriftsetzer Rudolf zu vernehmen, um ihm den Wahrheitsbeweis zu ermöglichen, daß der Kläger seine politische Gesinnung verkauft habe. — Der Gerichtshof vernahm aber nur den Maurer Wernau und den Tischler Wiedemann über die Aeußerung, welche der Kläger in der qu. Versammlung gethan, und verzichtete auf die Vernehmung der übrigen Zeugen. — Rechtsanwalt Pattermann beantragte eine empfindliche Strafe, da es sich hier um die Verächtlichmachung eines Mannes handele, welcher noch heute Vorsitzender eines der größten gewerkschaftlichen Vereine sei. — Rechtsanwalt Tallet beantragte dagegen die Freisprechung. Er machte geltend, daß der Angeklagte als Redakteur des „Volksblattes“ nur eine diesem Blatte zufällige Verleumdung auf der Stelle erwidert habe und erhob außerdem Widerklage auf Grund eines von Herrn Schmitt am 6. Mai veröffentlichten Flugblattes. Der Verteidiger bat nochmals namentlich um Vernehmung des Herrn Schweinburg, zum Beweise dafür, daß Herr Schmitt auf dem Bureau der „Nordd. Allg. Ztg.“ für den „Volksfreund“ engagiert worden sei. — Der Privatkläger Schmitt betonte seinerseits, daß er nur von einer Korruption der gesammten Presse gesprochen und dazu allerdings auch das „Berliner Volksblatt“ gerechnet habe. Als er in die Redaktion des „Volksfreundes“ eingetreten, sei dasselbe ein parteiloses Blatt gewesen, es seien aber mit Singer und Bebel Verbindungen angeknüpft gewesen, um das Blatt zu einem Parteiorgan zu machen, doch haben sich die Bemühungen gescheitert. Er habe bis zum heutigen Tage noch keinerlei Beweis dafür, daß der „Volksfreund“ ein Regierungsblatt gewesen, dagegen wisse er, daß die Reichstags-Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei ihre stenographischen Berichte dem „Volksfreund“ zum Abdruck gegeben und da er geglaubt habe, daß es doch Jemand freistehen könne, ein Arbeiterblatt herauszugeben, ohne um Erlaubniß zu fragen, so habe er kein Bedenken gehabt, an dem-

selben mitzuarbeiten. Er habe den „Volksfreund“ für ein ehrliches Blatt gehalten und habe ehrlich daran mitgearbeitet, ohne seine Gesinnung zu verkaufen. Im Uebrigen habe er zu erklären, daß der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzergehilfen kein ausgesprochen sozialdemokratischer Verein sei, sondern auch ultramontane und konservative Mitglieder habe. — Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung auf die Klage und Wiederklage beide Theile der Verleumdung für schuldig, aber für straflos da die Verleumdungen kompensirt seien.

Soziale Uebersicht.

Zur Aufklärung. Von verschiedenen Orten sind mir, bezüglich der geplanten Gewerkschaftskonferenz, Anfragen zugegangen, woraus ich ersehe, daß viele Genossen der Meinung sind, es handle sich jetzt schon um einen allgemeinen Gewerkschaftskongress. Dem ist jedoch nicht so.

Zur Konferenz, welche Mitte November in Berlin zusammentreten soll, ist Einladung erlassen: An die Vorstände der zentralisirten Organisationen, Vorsitzende von Geschäftsleitungen (wie sie z. B. die Maurer haben), Vertrauensmänner, welche für ganz Deutschland oder einzelne Bundesstaaten fungiren (z. B. bei den Metallarbeitern), Abgeordnete von Landesversammlungen (wie solche von Zeit zu Zeit in Sachsen, Württemberg, Bayern u. stattfinden), Vertreter von Gewerkschaftskartellen (wie sie in Berlin, Leipzig u. bestehen). Die Konferenz soll eine Vorberathung sein, deren Resultat dem einzuberufenden allgemeinen Gewerkschaftskongress in Form eines Gutachtens unterbreitet wird. Es sollen für die gewerkschaftliche Organisation gewisse Normen festgestellt und die Frage erörtert werden, ob nicht ein einheitliches Vorgehen bei Arbeitseinstellungen, Arbeitsausschüssen und ähnlichen Bewegungen durchführbar ist, in welcher Form sich die einzelnen Organisationen gegenseitig unterstützen könnten, um eventuell alle verfügbaren Kräfte auf einen Punkt konzentriren zu können. Die Konferenz wird nur solche Fragen behandeln, welche auf die Organisation Bezug haben, so daß jede Gewerkschaft unbedenklich sich offiziell vertreten lassen kann. Im Interesse allseitiger Verständigung liegt es, daß keine Organisation sich der Konferenz fern hält. Alle Ansichten und Wünsche sollen gehört und in dem, den allgemeinen Kongress, zu erstattenden Gutachten berücksichtigt werden. Spezielle Einladungen an die einzelnen Organisationen werden nicht ergehen, das Lokal in welchem die Konferenz tagt, wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Fürth, Bayern, 17. September 1890.

Martin Segel,

Vertrauensmann der Metallarbeiter.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Versammlungen.

Die „Freie Volksbühne“ hielt am Mittwoch Abend einen Reitationsabend, zu dem Frauen und Männer eingeladen waren, im Konzerthause „Sansonnet“, Kottbuserstr. 4a, ab. Der gewaltige Saal, der über 2500 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Eine unerträgliche Hitze herrschte in Saale.

Herr Dr. Wille eröffnete die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Es sei zwischen dem Vorstand der „Freien Volksbühne“ und der Direktion des Ostend-Theaters ein Vertrag abgeschlossen worden, nach welchem die letztere verpflichtet ist, ihr Haus der „Freien Volksbühne“ für Vorstellungen zur Verfügung zu stellen. Die erste Vorstellung wird am Sonntag, den 12. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, stattfinden. Beginn der Vorstellung 2½ Uhr. Bekanntlich werden die Plätze ausgelost; doch seien die Sitzplätze von der Auslosung ausgeschlossen. (Bravo.) Die Mitglieder, welche die Vorstellungen besuchen, seien gehalten, ihre Garderobe beim Garderobier abzugeben. Doch geschehe die Abnahme der Garderobe unentgeltlich. (Bravo.) Weiter werde in der nächsten Woche eine Versammlung im „Königsplatz“, Wilsnackerstr. 62, in der übernächsten Woche eine solche bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, stattfinden; in beiden Versammlungen wird Herr Dr. Konrad Schmidt einen Vortrag über „Naturalistische Dichtung“ halten. Damit war das Geschäftliche erledigt.

Herr Oberregisseur Julius Gutter hielt hierauf die angekündigte Vorlesung. Zum Vortrag gelangten folgende Dichtungen: 1) „Requiescat“ von Freiligrath, 2) „Das Lied vom Hende“ von Hood, 3) „Anna“ von Julius Hart, 4) „Ein Boot ist noch guten“ von Arno Holz, 5) „Frieden“ von Heinrich Heine, 6) „Morgensrot“ von Gottfried Keller, 7) „Das Urtheil des Chemicca“ von Chamisso, 8) „Siesta“ von Kleland, 9) „Der Kongress der Schieren“ von Gusti. Die Vorlesung fand lebhaften Beifall beim Publikum. Unangenehm bemerkte wurde die schlechte Musik des Saales. Viele Feinheiten der Vorlesung gingen dadurch dem größten Theil der Zuhörer verloren.

Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen der „Freien Volksbühne“.

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung tagte am Montag in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75, in welcher Kollege Klus aus Elmshorn über „Gewerkschaftsorganisation“ sprach. Der Referent erörterte zunächst an der Hand von Beispielen die trostlose, ökonomische Lage der Schuhmacher. Dann kam der Referent auf die verschiedenen Organisationen der Berliner Schuhmacher zu sprechen und nannte es einen taktischen Fehler, wenn hier an Ort mehrere Vereinigungen beständen. Es wäre ein sanftes Treiben, wenn die vielen Vereine, welche alle ein gleiches Prinzip hätten, sich nicht entschließen könnten, zusammen zu marschiren. Er möchte entschieden die Zentralorganisation den Vorzug geben. Wir sehen, wie die Unternehmer sich immer mehr zusammen schließen. Es ist unsere Pflicht, dasselbe zu thun. Es würde von der Lokalorganisation immer eingewandt, es können in der Zentralorganisation keine politischen Angelegenheiten zur Erörterung gestellt werden, was zu bestreiten wäre. Wir hätten doch außerdem die öffentlichen Versammlungen. In taktischen Fragen übergehend, verbreitete sich Redner in längeren Ausführungen über die Mittel der Aufklärung und meinte, es wäre nothwendig die Logiarbeit aufzuheben und an deren Stelle Zentralwerkstätten zu setzen. Ebenso wünschenswerth wäre es, eine Arbeitslosen-Kasse zu gründen, wie es zweckmäßig ist, Fachschulen und Arbeitsnachweis zu gründen. In der Diskussion wandte Kollege Klinger sich gegen die Ausführungen des Vortragenden. Es wäre undurchführbar, die Logiarbeit aufzuheben und Zentralwerkstätten zu gründen, ebenso sei es infolge der örtlichen Verhältnisse unmöglich, einen Arbeitsnachweis am Leben zu erhalten, weil für die Schuhmacher Berlins die beste Arbeitsmittlerin die Zeitung wäre. Im Uebrigen hätten wir keine Schuhmacherfrage, sondern eine Arbeiterfrage. Weiter sei immer die Organisation vorzuziehen, welche ihre Mitglieder politisch bilden könnte. Das können nur die Lokalorganisationen. Kollege Krause: Man hebt hervor, daß Lokalorganisationen keine geistige Verbindung hätten. Dies wäre falsch, denn wo die Arbeiter sich im Kampfe mit den Kapitalisten befänden, gebiete den Arbeitern ihr Klassen-

instinkt, solidarisch zu handeln. Kollege May Boginski: Sol gegenwärtige Thema fängt an, langweilig zu werden. Wir haben die gegenwärtigen Verhältnisse, in denen wir uns befinden, zu prüfen, und unsere Taktik nach der Taktik der Feinde zu formuliren. Der Referent widersprach sich in seinen Ausführungen. Er meinte, die soziale Frage nicht lösen zu können durch Gewerkschaftsorganisationen, führte aber in demselben Athemzuge aus, daß man Arbeitslosen-Kassen, Fachschulen und dergleichen nicht gründen sollte. Es ist eine falsche Taktik, in einer Gewerkschaftsorganisation, welche die Tendenz in sich birgt, immer mehr Arbeitslose durch die Verwollkommnung der Technik zu schaffen, eine Arbeitslosen-Kasse zu gründen. Das würde bedeuten, die Schuhmacher, welche kaum ihr Leben fristen können, zum Sparen anzuhalten. Dieser Theorie: „Immer etwas sparen“, ist schon seit langer Zeit Vossalle gegenüber getreten. Außerdem sind Vereinigungen, welche darauf hinauslaufen, Gelder anzusparen, geeignet zu Zwewecke zu gerathen, wie dies beim Buchdrucker-Unterrichtungsverein der Fall ist. Dem Gelde zur Liebe haben sie sich unter die Kontrolle der Polizei gestellt und somit den Herren Polizeipräsidenten zum ersten Vorsitzenden gewählt. Nicht gleich Statuten, sondern der Geist der Solidarität und Interaktionsgemeinschaft halte die Arbeiterschaft zusammen. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft, die besten Kampfmittel zu gebrauchen und dies ist die Lokal-Organisation. Weiter kommt noch hinzu, daß nach Wegfall des Sozialistengesetzes der Lokal-Organisation ein größerer Spielraum gegeben ist. Kollege König sprach sich im Sinne des Referenten aus und forderte auf, sich der Vereinigung deutscher Schuhmacher anzuschließen. Von der Abstimmung zweier sich gegenüber stehender Resolutionen wurde Abstand genommen mit der Motivirung, daß die Zentralvereinigung keine öffentlichen Schuhmacher-Versammlungen mit diesem Thema abhalten solle. Weiter wurde auf die Versammlungen am Montag, den 22. und 29. d. Mts. und auf die Landpartie nach Schmaragdendorf am Sonntag, früh 8 Uhr, (Treffpunkt: Potsdamer Bahnhof) aufmerksam gemacht.

In der Volksversammlung vom 12. August d. J., Godesb. Frankfurterstr. 117, wurde der Steinfelder Theodor Stolpe in dessen Zwischenbemerkung: „Was brauchen wir Soldaten“, die Veranlassung des überwachenden Lieutenants arretirt. Auf ein gerechtes Beschwerde erhielt er am 15. d. M. folgende Antwort: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf Ihr Schreiben, hierüber eingegangen am 6. d. M., ergebenst, daß ich die Siftirung des Steinfelder Theodor Stolpe in der betreffenden Versammlung für ungerechtfertigt nicht erachten kann, da dieselbe zur Feststellung der Persönlichkeit des p. Stolpe wegen der von demselben verursachten Aufregung angezeigt erscheinen mußte.“

Der Polizeipräsident.

Hierzu geht uns Folgendes zu:

Ich erkläre hiermit, daß durch die Bemerkung des Stolpe die Ruhe nicht im Geringsten gestört wurde; auch hätte bei etwaiger Ruhestörung ohne Eingreifen des Lieutenants das Bureau die Macht gehabt, die betreffenden Ruhestörer zur Ordnung zu bringen.

Im Auftrage:

B. Burckhardt, Koblanstr. 10.

Eine Versammlung der Filiale Berlin des Verbands der Vergolder, Goldleisten-Arbeiter und Beschäftigten tagte am Montag bei Scheffer mit der Tagesordnung: 1. Statistik. 2. Gewerkschaftliches. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende bekannt, daß von jetzt ab die Unterstützungsmarken zur Ausgabe gelangen und forderte die Mitglieder wie Nichtmitglieder auf, sich recht reger daran zu betheiligen. Zu Punkt 1 verlas der Schriftführer die Ergebnisse der Statistik, soweit dieselben bis jetzt bekannt geworden sind. In nächster Versammlung wird jedoch erst das Endergebnis bekannt gegeben. Ueber diesen Punkt, sowie über die Verwendung der Unterstützungsmarken entspann sich eine rege Debatte. — Zu Punkt 2 wurde beschlossen, daß die Mitgliedsbeiträge vorerst zu beugen sind. Bei Punkt 3 wurde sehr gerät, daß der Kassierer nicht anwesend war; es wurde ausgeführt, daß wir bei der Wahl desselben entschieden einen Mißgriff gethan haben. Zu Punkt 4 wurden folgende Vergoldergebnisse, nachdem alle einzelnen abstimmt war, aus der Filiale ausgeglichen: 1. Hugo Kruse, 2. Paul Erle, 3. Esser jun., 4. Mäfer, 5. Vetter, 6. Uddlich, 7. Schröpfer, 8. Adam Esser, 9. Koch, 10. Ahlmann, 11. Wilschke. Ein Antrag, die Mitglieder, welche bei Aug. Wilschke die Arbeit niedergelegt hatten, aus der Filialliste zu entfernen, wurde abgelehnt. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung des Fachvereins sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter tagte am 15. d. M. in Joel's Salon, Andreestraße 21, mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Gründung eines Zentralverbandes sämtlicher in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter Berlins? Referent Herr Hildebrandt. 2. Disziplin. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Referent führte aus, daß unsere Fachvereine nicht stark genug sind, um den Druck des Großkapitals auszuhalten zu können, daß unbedingt nothwendig ist, daß wir unsere Organisation anders zu gestalten suchen. Ein Zentralverband könne etwas Nützliches leisten; man könne sich aber in Lokalorganisationen viel mehr mit öffentlichen Programmen beschäftigen und man könne in einer Branche viel besser agiren, als bei einer Zentralorganisation. Würde man sich dort mit öffentlichen Fragen beschäftigen, so würde die Vereinigung aufgelöst werden. Zum Schluß erwähnte Redner, daß die gelernteten mit den ungelerten Arbeitern Hand in Hand gehen sollten, was eine große und starke Organisation zusammen zu bringen, die dem Großkapital gegenüber eine Macht ist. Folgende Resolution wurde vom Kollegen Carl Kaster eingeleitet: „Die heute in Joel's Salon tagende Versammlung sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt hiermit, den Anschluß an den Zentralverband bis nach dem Gewerkschaftskongress zu vertagen.“ Die Resolution wurde mit 26 Stimmen gegen 19 angenommen. Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Otto Schmidt den Antrag, den Kollegen Tech aus der Werkstätten-Kontrollkommission auszuschließen und für diesen einen anderen Kollegen zu wählen. Es wurde Kollege Panduin gewählt. Dann schloß die Versammlung.

Eine gutbesuchte Versammlung der Ladrer, Filiale der Vereinigung der deutschen Maler, Lackier, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen tagte am Montag bei Beyer, Neue Grünstr. 14, mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über „Gewerkschafts-Schiedsgerichte“. 2. Verlegung des Arbeitsnachweises. 3. Wahl einer Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Verschiedenes. Da der Referent nicht erschienen war, mußte der erste Punkt abgelehnt werden. Zum zweiten Punkt wurde einstimmig beschlossen, den Arbeitsnachweis nach dem Lokal des Kollegen Omland, Neandrerstr. 87, zu verlegen. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurden die Kollegen Reimann, Mehan, Ulrich und Kühne gewählt. Ein Antrag, der Kommission eine Vergütung zur Deckung ihrer Unkosten zu erstatten, wurde seitens der Kommission abgelehnt. Der alten Kommission wurde Decharge erteilt. Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gemacht, daß bei vorkommenden Todesfällen jede Filiale einen Delegirten nebst Kranz zu entsenden hat. Die Reueunterstützung beträgt für diesen Winter 2,10 M. für Berlin. Ein Antrag, auf den „Arbeitsnachweis“ zu abonniren, wurde angenommen. Nachdem noch die Bibliothek und Fachschule debattirt war, richtete der Vorsitzende einen warmen Appell an die Versammlung, die Agitation so viel wie möglich zu entfalten. Es ließen sich sieben neue Mitglieder aufnehmen. Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß das zweite Stiftungsfest am 29. September bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, stattfinden und dazu Willets bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und beim Kollegen Omland, Neandrerstr. 87, zu haben sind. Alle Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu eingeladen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins tagte am Sonntag, den 14. September er., in Scheffer's Salon, Inselstraße 10, mit folgender Tagesordnung: 1. Mann die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ohne seine Einwirkung gebessert werden? Referent: Otto Heindorf. 2. Wahl eines zweiten Kassiers. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Nach Verlesung des letzten Protokolls, welches ohne besonderen Widerspruch angenommen wurde, erhielt der Referent zu seinem Vortrage das Wort. Redner verglich zu Anfang seines Vortrages den heutigen Arbeiter mit dem Sklaven des Altertums und dem Handwerker des Mittelalters. Der Sklave stand sich infolge besser, als der gegenwärtige Arbeiter, daß er nicht brauchte mit hungrigem Magen schlafen zu gehen, wie es den meisten Arbeitern der Gegenwart ergeht, weil der niedrige Lohn, welcher jetzt dem Arbeiter gezahlt wird, nicht ausreicht, um den Anforderungen, welche von Staat und Kommune an uns gestellt werden, nachzukommen, infolge dessen müssen wir mit Entbehrungen an unserem Körper kämpfen, um das Notwendigste zu beschaffen. Dem Sklaven blieb die Sorge für seinen Leib entzogen, weil er von seinem Herrn, um möglichst lange ausgenutzt zu werden, sehr gut genährt wurde. Anders verhält es sich mit uns heutigen Arbeitern. Unsere Arbeitgeber kümmern sich nicht darum, ob wir uns genügend sättigen können, oder ob wir Morgen oder Uebermorgen noch unsere Arbeit verrichten können, denn dafür haben sie sich eine Reservearmee geschaffen, welche auf Grund der Technik im Maschinenwesen entstanden ist, weil die Maschine nur allein zum Nutzen des Arbeitgebers verwendet wird, aber nicht zum Nutzen des Arbeitnehmers und durch die übermäßig lange Arbeitszeit täglich immer mehr Arbeiter auf das Straßengestühl gezwungen werden. Um diese Ausbeutung der Arbeiter noch mehr auszuweiten, hat sich die Kapitalmacht vereinigt oder sogenannte Ringe geschlossen. Um diesen Druck nun entgegenzutreten, haben auch die zielbewußten Arbeiter sich organisiert, diesen wird es aber von Seiten der Behörden sehr erschwert, weil demgegenüber wieder Ausnahmegesetze geschaffen wurden (Sozialistengesetz und der Pankamer'sche Streikverbot), aber alles dieses soll die Arbeiter nicht abhalten, voll und ganz ihre Forderungen zu erlangen. Um nun den Forderungen der Arbeiter ein wenig zu verwehren, oder richtiger, den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, welche nie ermüdet, immer wieder mit Gelegenheitsreden vorzugehen, Rechnung zu tragen. So wurde ein Krankenlängengesetz, Unfall- und Invalidengesetz geschaffen, durch welche man dem Arbeiter anstatt Brot Sterne reicht, denn sollte wirklich einem Arbeiter das Glück oder Unglück befallen sein, 70 Jahre alt zu werden, so werden wohl die 33 1/2 J. täglich ausreichen, um ihn langsam verhungern zu lassen. Außerdem arbeitet man noch an einem Arbeiterchutz-Gesetz, welches aber auch, wie aus den bisherigen Verhandlungen zu ersehen ist, sehr mangelhaft ausfallen wird. Redner empfahl, für die gerechte Sache zu agitieren und den indifferenten Bürgern ihre traurige Lage klar zu machen. Mit den Worten: "Mann der Arbeit aufgeschaut und erkenne deine Macht, wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still", schloß Redner seinen mit viel Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach der Diskussion, in welcher sich drei Redner ganz im Sinne des Vortrages ausdrückten, erhielt der Referent noch einmal das Wort und kam auf die Frauenfrage zu sprechen, indem uns die Frau auf Grund der heutigen Produktionsweise als Konturenentworfenerin gezeichnet ist, so muß sie in politischen wie in gewerkschaftlichen Angelegenheiten herangezogen werden und da ihnen keine öffentliche Versammlung erlaubt wird, so ist es Sache der Männer, sie in öffentliche Volksversammlungen mitzunehmen, um auch ihr Gehör zu geben, aber ihre Lage zu diskutieren. Um mit Karl Marx zu reden: "Proletariat aller Länder vereinigt euch", so werdet ihr zum Ziele gelangen. Nochmals lang ausfallender Beifall. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 14. September in Scheffer's Salon tagende Mitgliebersversammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden und verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten, um der heutigen verheerenden Produktionsweise entgegenzutreten, damit Alles, was Menschenwürde enthält, an den Erzeugnissen der Produktion teilnehmen kann. Jetzt wurde zur Wahl eines zweiten Kassiers, geschritten und Herr Kollege Dejar Nagel aus derselben hervor. Im 3. Punkt der Tagesordnung wurden innere Vereinsangelegenheiten geregelt. Außerdem wurde dem Greiser Webern eine Unterstützung von 30 M. bewilligt. Da zu Verschiedenes nichts Besonderes vorlag und keine Frage vorhanden war, wurde die Versammlung wegen der vorgedachten Zeit geschlossen.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, um den Kassierer an Versammlungstagen nicht so mit Arbeit zu überhäufen, an den Zahlstellen, welche hier folgen, mehr Gebrauch zu machen.

1. Für den Osten an jedem Sonntag nach dem 1. im Grünen Weg 29 bei Säger; W. Braunsberg.
2. Für den Südosten an jedem Sonntag nach dem 13. Mantelstraße 112 bei Pohl; W. Braunsberg.
3. Für den Südwesten an jedem Sonntag nach dem 1. Posten- und Fürbringerstraßen-Gde. bei Schmitatkech; G. Engelhardt.
4. Für den Westen, an jedem Sonntag nach dem 1. Alvenslebenstraße 1, Potsdamerstraßen-Gde. bei Genuweid; W. Sid.
5. Für den Norden, an jedem Sonntag nach dem 1. Badstraße 14, Oranienburgerstraßen-Gde. bei Böcker; W. Reich.

Die nächste Versammlung am 12. Oktober
Eine zahlreich besuchte Versammlung des Fachvereins der Schlosser und Maschinenbauer Berlins und Umgegend fand am 1. September bei Feuerstein statt, in der Herr Baginski unter lebhaftem Beifall über "Ursachen der Armut" sprach. Einer Kritik wurde das Verhalten der Firma Hein, Lehmann und Co., Chausseestraße unterworfen. Dasselbe wurde auf Veranlassung des Obermeisters, Herrn Matze, eines humanitätsvollen und arbeiterfreundlichen Mannes, 8 Kollegen gemahregelt. Doch mit dieser Maßregelung noch nicht genug, hat sich die Firma veranlaßt gesehen, die Namen der Kollegen auf die schwarze Liste zu setzen. Dür haben hier wieder einen treffenden Beweis, wie anständig sich der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber verhält. Darum, Kollegen, agitiert energisch dafür, daß wir die außer der Organisation stehenden Arbeiter in dieselbe hineinzubringen suchen. Es muß doch dann anders werden, wenn wir Mann für Mann einer Organisation angehören. Dem Kollegen Zimmermann wurde auf dem Arbeitsnachweis, im Süden bei Gündel (Dresdenerstraße), im Norden bei Nürnberg (Pankamerstraße) hingewiesen und zugleich um regere Nachfrage gebeten. Kollege Schroy forderte alle auf, welche noch im Besitz von Billets zum letzten Sommererzählung sind, dieselben bald abzugeben. Nach Erleuchtung mehrerer Fragebogen wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der in der Wickerbrände beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 16. September in Heindorf's Salon, Weinstraße, statt. In das Bureau wurden gewählt Herr G. Jony, Frau Löblich und Herr Eberhart. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über "Moralische Lehren unter spez. Berücksichtigung der 'Werttheorie'". 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu dem Vorgehen der Firma Lande und Verschiedenes. Der Vortragende erzielte reichen Beifall und es wurde zum dritten Punkt der Tagesordnung übergegangen. Der Vorkühende der Versammlung gab einige kurze Ausführungen über die Ursachen dieses Punktes der Tagesordnung. Darnach forderten zwei Arbeiterinnen der Lande'schen Fabrik im Auftrage ihrer Kolleginnen für eine bestimmte Arbeit eine höhere Entlohnung. Eine dieser beiden Arbeiterinnen, Fräulein Zimmermann, wurde am Abend geländigt, des andern Tages aber schon entlassen. Dies werde als eine Maßregelung angesehen. Es erhielt hierauf der Geschäftsführer des betreffenden Etablissements,

Herr Goldberg, das Wort. Er sagte: Die Firma sei immer bestrebt gewesen, mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen im besten Einvernehmen zu stehen. Trotz des schlechten Geschäftsganges im vorigen Winter sei Niemand entlassen worden. Erst im Mai habe er Entlassungen von Arbeitern vorgenommen, weil das Lager überfüllt war und die Produktion eingeschränkt werden mußte. Was die Entlassung des Fräulein Zimmermann betreffe, so sei dies keine Maßregelung. Dieselbe sei immer unwillig über die erhaltenen Arbeiten gewesen, bei welchen andere Mädchen 15 bis 20 M. verdient hätten. — Zum Beweis des letzteren legt Herr Goldberg einige Lohnbücher auf den Tisch. — Dieser ewige Unwille habe bewirkt, daß er, Goldberg, gesagt habe: "Wenn Ihnen die Arbeit nicht paßt, können Sie sich anderwärts solche suchen." Aus diesem Grunde sei die Entlassung erfolgt. Herr E b n i g; Fräulein Zimmermann hätte für andere gefordert, nicht für sich; die Entlassung sei darum eine Maßregelung. Einer der im Mai entlassenen Arbeiter sei Herr Liebers gewesen. Derselbe habe sich um die Stelle eines sogenannten Laufburschen in einem Geschäft beworben. Auf eine Anfrage des betreffenden Inhabers beim Geschäftsführer Lande's, Herrn Goldberg, ob Liebers ethlich sei u. s. f., habe dieser von Herrn Goldberg die Antwort erhalten, der Liebers sei ein unwilliger Arbeiter und Sozialdemokrat. Herr Liebers sei darauf hin, obwohl er acht Tage später einige Tage dort gearbeitet, anfänglich nicht in der neuen Stellung angekommen. Liebers sei auf den Wunsch desselben zu Goldberg gekommen und habe von diesem 30 Mark erhalten, jedenfalls als Schweigegehalt. Dies Handeln der Firma Lande sei zu verwerfen. Früher habe sie als humanste gegolten, jetzt sei es wohl damit vorbei. Liebers bestätigte das Geschehene, erklärte aber, das Geben der 30 Mark sei nicht von ihm als Bestechung zum Schweigen betrachtet, sondern als Entschädigung für den Schaden, den ihm Goldbergs Verhalten gebracht habe. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich nun noch die Herren Häbsch, A. Jany, Stahn, Wengels, Neuhaus, Archa, Goldberg, Lande und Glatow, sowie die Damen Zimmermann, Müller, Wengels und Schulz. Von diesen Rednern wurde die Entlassung des Fräulein Zimmermann als Maßregelung betrachtet. Die Herren Lande und Goldberg wiesen wiederholt darauf hin, daß, wenn es auch als Maßregelung betrachtet werde, sie keine solche bezweckt hätten. Lande ist der Meinung, wenn Jemand unwillig arbeite, so müsse man sich von demselben trennen und er würde, wenn der Teilnehmer seines Geschäfts mit Unwillen mit ihm arbeite, keinen Anstand nehmen, sich von demselben zu trennen. Er habe für seine Arbeiter immer getan, was er vermochte. Wenn Fräulein Zimmermann gemahregelt wäre, so hätte auch die andere Arbeiterin entlassen sein müssen. Da dies nicht der Fall sei, so auch nicht jenes. Goldberg bedauert das, was zwischen ihm und Liebers vorgefallen; übrigens arbeite derselbe schon seit einiger Zeit wieder in seiner Fabrik. Fräulein Zimmermann könne auch zu jeder Zeit wieder anfangen; ihm sei ein sozialdemokratischer Arbeiter ebenso lieb, wie ein anderer. Er habe nicht gesagt, Herr Liebers sei unwillig, sondern er werde die Stelle eines sogenannten Laufburschen wohl unwillig ausfüllen, auch das Wort Sozialdemokrat sei in anderem Zusammenhang, wie die Versammlung es aufgefaßt, gebraucht worden. In Anbetracht dieser Ausführungen Lande's und Goldberg's wurde von der Abhaltung einer mißbilligenden Resolution Abstand genommen und ist somit die Angelegenheit als auf gütlichem Wege beigelegt zu betrachten. Auch ver sprach Goldberg den von Einigen kritisierten Mißstand, daß einige Arbeiter für Zuschüsse z. monatlich 5 M. extra bekommen, abzuschaffen und die betreffende Arbeit den Personen, welche ein festes Gehalt bekommen, zu überlassen. Unter "Verschiedenes" wurde dann noch beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche die Gründung eines allgemeinen Vereins, in dem die Wirker und Wirkerinnen vereinigt sind, anbahnen sollte. Es wurden in diese Kommission die Damen Müller, Bütscherei, Löblich und Schulz und die Herren Häbsch, Neuhaus, G. Jany, Löblich und Wengels gewählt.

Das Heer der Antisemiten, ganze 200 Mann, hatte sich am Mittwoch Abend im Grand Hotel um ihre Häuptlinge Padenbach und Zimmermann geschart. Die Vorträge der "nationalen Kämpfer" gleichen den Weisen alter, verkrüppelter Weisheiten, die das schaurig schöne Lied über die bösen Juden begleiten. Jeder Vers ist eine unsinnige Behauptung, jeder Reim ein "nationales" Schimpfwort. Und wenn die größten Worte erklingen, erhob sich frenetischer Jubel der Zuhörer. Trotzdem jeder Besucher zwanzig Pfennige Entree bezahlen mußte (für jeden Referenten zehn Pfennige), hat der Vorkühende nach dem Ableitern um einen Duktus für die tapferen Spielhelden, die oft hungrig das Dorf verlassen, man möge auf die von den Abgeordneten herausgegebenen Blätter abonnieren, die wöchentlich erscheinen und "nur" 1 bis 150 M. pro Quartal kosten. — In der Diskussion übertrumpfte ein sehr "lauter" Jüngling die Meister in ge-wählten Ausdrücken. Der arme Herr hatte auch Grund zum Schimpfen, denn ein "böser Jude" hatte ihm 2 Mark abgepumpt und ihm diese trotz Mahnung auf offener Straße nicht wiedergegeben. Als Genosse Goldberg das Wort ergriff und die ersten vernünftigen Worte gefallen waren, zeigte es sich, daß die Wadaunationalen kein ehrliches, anständiges Wort verstehen. Sie schrien ihn mit wüstem Geschrei nieder und ebenso erging es Jedem, der sich erlaubte die Wahrheit zu sprechen, und als vollends ein Genosse vom Kapital zu sprechen anfing und nicht auf das jüdische allein losging, entzog man ihm einfach das Wort. Ehe die Antisemiten nicht gelernt haben, sachlich zu diskutieren, können sie nur als das gelten, was sie sind: fanatische, jeder politischen Sachkenntnis entbehrende Rabauddrücker.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Filzjahrearbeiter und Berufsgenossen tagte am Sonnabend bei Jentner mit folgender Tagesordnung: 1. Der Streit bei Herns. 2. Verlesung des von der Kommission ausgearbeiteten Lohntarifs. 3. Verschiedenes. Ins Bureau wurden die Kollegen Opij, Dallmann und Valerius gewählt. Zum 1. Punkt erstattete Kollege Opij Bericht über den Streit bei Herns. Redner schilderte die Mißstände in der Fabrik. Die Arbeit werde nicht nur schlechter bezahlt, wie in allen anderen Fabriken, sondern den Arbeitern werde auch die persönliche Freiheit genommen, indem der Fabrikant erklärt hat, die Fenstern junagelt zu wollen. Die Kollegen Hiederauer, Jeschla, Köhler und Dallmann unterzogen die Verhältnisse in der Fabrik einer scharfen Kritik, worauf folgende Resolution, die vom Kollegen Opij eingebracht war, einstimmig angenommen wurde.

In Erwägung, daß unsere Fabrikanten sich gegenseitig in der Konkurrenz unterbieten und dafür den Arbeitern immer geringeren Lohn zahlen, da sie selbst die Kosten nicht tragen wollen, beschließt die heutige Versammlung, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß alle Arbeiter unserer Branche sich dem bestehenden Verein der Filzjahrearbeiter und Berufsgenossen anschließen, und dadurch gemeinsam der Ausbeutung der Fabrikanten entgegen zu treten, und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Ein von Kollegen Valerius eingebrachter Antrag, die Sperrung der Fabrik weiter bestehen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Es ist somit Pflicht eines jeden zielbewußten Arbeiters, diese Fabrik zu meiden, denn Herr Herns hat jede Unterhandlung mit der Kommission zurückgewiesen mit dem Bemerkten: "Er kennt sich keine Arbeiter selbst an. Zum 2. Punkt wurde von Kollegen Valerius der Lohnarif vorgelesen. Auf Antrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen und dieselbe bis zur nächsten Versammlung hinausgeschoben. Zum dritten Punkt machte Kollege Meier bekannt, daß das erste Stützfest am 26. Oktober im "Hilsum", Landsberger Allee, stattfindet, und forderte die Kollegen auf, recht kräftig dafür zu agitieren, damit dasselbe zu einem Glanzstücke werde. Kollege Opij machte noch aufmerksam auf den Gewerkschaftskongress. Das Bureau wurde beauftragt, eine Versammlung mit dementsprechen-

der Tagesordnung einzuberufen. Ferner wurde den Kollegen aus Herz gelegt, den "Berliner Lokal-Anzeiger" nicht mehr zu halten und nicht in den Lokalen zu verkehren, wo derselbe anliegt. Ein vom Kollegen Schmolting eingebrachter Schlusantrag wurde angenommen. So schloß der Vorkühende hierauf die gut besuchte Versammlung.

Der Fachverein der Fernmacher und verwandten Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielt am 13. d. im Lokale Gnadt, Brunnenstr. 38, eine ziemlich gut besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Herr Stadtv. Gnadt hielt einen Vortrag über Gewerkschaftsorganisation, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion schlossen sich die Kollegen Jübner, Köhde, Lehmann, Pansche und Dülfer vollständig dem Referenten an. Dann wurde zur Ergänzungswahl des Vorstandes geschritten. Es wurden die Kollegen Carl Lehmann als 1. Vorkühender und Theodor Bent als 2. Schriftführer einstimmig gewählt. Unter "Verschiedenes" besuchte sich Kollege Jübner, daß noch 4 Kollegen im Rückstande mit Billets vom Stützfest sind; es wurde beschlossen, bis zur nächsten Versammlung die Kollegen nochmals aufzufordern, widrigenfalls sie dann öffentlich bekannt gemacht werden. Der Bibliothekar führte Beschwerde, daß die Bibliothekbücher von Hand zu Hand gehen, anstatt, daß sie da abgegeben werden, wo sie empfangen wurden. Kollege Lehmann stellte den Antrag auf Aenderung des Kopfes des Vereins (Freie Vereinigung aller in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Arbeiter); es wurde beschlossen, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Dann schloß die Versammlung. — Bibliotheksausgabe findet Sonnabend Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, im Lokal Gnadt, Brunnenstr. 38, statt.

Bericht der öffentlichen Schneiderversammlung vom 15. d. M. in Keller's Kesselfal, Bergstr. 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Jeschonet über gewerkschaftliche Organisation, bezw. Gründung einer Filiale des deutschen Schneiderverbandes im Norden Berlins. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachdem das übliche Tagesbureau aus den Kollegen Schulz und Lorenz als ersten und zweiten Vorkühenden und Kollegen Fröhme als Schriftführer zusammengesetzt war, erhielt Kollege Jeschonet zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort. Derselbe erklärte in kurzer, sachlicher Weise den Zweck und Nutzen der hier am Orte befindlichen Organisationen. Von der Innung ausgehend, unterzieht Redner diese Vereinigung, sowie den Hirsch-Dunderschen Gewerksverein einer scharfen Kritik. Uebergehend zu der über ganz Deutschland verbreiteten Organisation des deutschen Schneiderverbandes beleuchtet derselbe den Zweck dieser Vereinigung und fordert alle anwesenden Kollegen auf, sich dieser Organisation anzuschließen, damit wir, wenn es im nächsten Frühjahr zu einer Lohnforderung kommt, gerüstet dastehen und dem Kapital zeigen, daß der Arbeiter eine Kraft ist, mit der man rechnen muß. (Beifall.) In der sich anschließenden Diskussion ergriffen mehrere Redner das Wort, welche sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. Nachdem der Referent im Schlusswort noch die Hamburger Arbeiterlage erörtert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heute in Keller's Kesselfal, Bergstr. 68, tagende öffentliche Schneiderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie den der übrigen Redner einverstanden und beschließt die Gründung einer Filiale des Deutschen Schneiderverbandes für den Norden Berlins." Im "Verschiedenes" macht der Vorkühende noch auf die Kündigung der Orskantenlassen aufmerksam und empfiehlt den Eintritt in die freien Hilfsklassen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt sind, schloß der Vorkühende mit einem Hoch auf die Arbeiter-Organisation die Versammlung.

Die Vereinigung der Graveure und Disleure hielt ihre letzte Versammlung am Montag im Restaurant Bachmann, Dresdenerstr. 45, ab. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und genehmigt worden war, erhielt unter Ausschließung des geschäftlichen Teiles der Tagesordnung der Referent Dr. Külgenu das Wort zu dem Thema: "Was nützt der Reichstag der Arbeiterklasse?" Referent fragte zunächst, welche Verbesserungen des Postes der arbeitenden Klasse sich mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung vertragen. Solche sind der Maximal-Arbeitsstag, die Fabrikhütten, das Verbot der Kinderarbeit. Dagegen ist der gesetzliche Minimallohn innerhalb des privatwirtschaftlichen Systems nicht möglich, damit fällt auch zugleich die Forderung des gleichen Lohnes für Mann und Frau, deren Voraussetzung eben der gesetzliche Minimallohn ist. Redner fragte alsdann weiter: Wieviel gewährt uns nun der heutige Reichstag? Es ist dies recht wenig und der Staat nimmt dem Arbeiter wieder ebenso viel, wie er ihm giebt. Aber unsere Vertretung im Parlament kann noch härter werden, sie kann sogar maßgebend werden; wenn dann ihre Beschlüsse gleichwohl nicht ausgeführt werden; so ist nicht sie für die Folgen verantwortlich. Auch sind die Erlasse vor der Wahl, die Entlassung des Bismarck, die internationale Konferenz schon indirekte Erfolge der Arbeiterpartei und dienen voraussichtlich mit dazu, die Entwicklung abzulängen. Vor Allem ist durch das Wählen zum Reichstag und durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag die Arbeiterklasse zum Denken und zum einigen Wollen erzwungen worden. Wir haben zur Zeit kein besseres Agitationsmittel, als den Reichstag und das Wählen zum Reichstag. Zwar weiß niemand, in welcher Form schließlich die proletarische Bewegung zum Durchbruch kommt. Allein den Beschlüssen und der Sanktion der Mehrheit muß die Minderheit sich unterordnen. Denn nur im organisierten und disziplinierten Rängen kann die Arbeiterklasse ihr Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion bemerkte Herr J a c k: Er wünsche dem Referenten im Allgemeinen bei; allein, so lange der Bundesrath es in der Hand habe, die Ausführung der Reichstagsbeschlüsse zu verhindern, sei der Parlamentarismus von geringem Werth. Als Redner dann mit Bezug auf den Glauben von Märchen sprach, löste der Beamte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes auf, mit dem Zusatz: "Wenn hier von Märchen gesprochen wird, hört ja alle auf." Beschwerde ist eingelegt.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen tagte unter dem Vorh der Herren Friede, Gide und Sandermann am Sonntag im Lokal Oranienstraße 180. Ueber das Vortragsthema: "Die Moral und die wirtschaftlichen Verhältnisse" sprach Herr W. Bach. Der mit Beifall angenommene Vortrag und die an denselben sich anschließende anheimelnde Diskussion, an welcher sich die Damen Frau Kolbe, Fräulein Wabnitz, sowie die Herren Sandermann, Hartung, Bösch, Grundmann und Scherning beteiligten, zeigte, wie die zeitigen politischen Verhältnisse einzig und allein die Ursachen bilden, welche es der großen Masse des Volkes unmöglich machen, moralisch zu sein im Sinne einer auch nur moralisierenden Minderheit der Gesellschaft. — Moralität ist im strengsten Sinne des Begriffs in der modernen Gesellschaftsordnung, unter dem Druck der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich. Sie ist es nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nach dem Schlusswort des Referenten gelangte eine im Sinne des obigen Vortrages gehaltene Resolution zur Annahme. Unter Verschiedenes wurde beschlossen: "Das heutige Bureau zu beauftragen, weitere öffentliche Versammlungen für Männer und Frauen an den Sonntagsabenden einzuberufen, und wenn möglich, größere Säle zu dem Zweck zu mieten." Hierzu wird bemerkt, daß uns leider größere Lokalitäten für die Sonntagsabende, an welchen gerade die Frauen rege die Versammlungen besuchen können, nicht zur Verfügung stehen, es sei dem unter der Bedingung einer hohen Saalmiete, und sonstiger größerer und kleinerer Bedingungen Seitens der Lokalwirthe. Nächste Versammlung Sonntag, den 21. d. M. Bekanntmachung erfolgt am Sonnabend.

Eine Versammlung des Vereins Freie Vereinigung der Zeitungsprediktoren und -Verkäufer fand am Montag

